



**STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Foto: Frank Rumpenhorst/dpa/lhe



## Ambitioniert und umstritten

### Nordrhein-Westfalen bekommt ein Naturschutzgesetz

Die aktuelle „Rote Liste der gefährdeten Arten in NRW“ spricht eine klare Sprache: Beinahe 45 Prozent der heimischen Tiere, Pilze und Pflanzen sind gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben. Besonders schlecht geht es den Kriechtieren (71 Prozent) sowie den Wildbienen und Wespen (52 Prozent). Auch 16 von 51 heimischen Fischarten sind akut bedroht

oder bereits ausgestorben, sechs weitere stehen auf der Vorwarnliste.

Beinahe unnötig zu erwähnen, dass auch viele Lebensräume von Tieren und Pflanzen angeschlagen sind. Nach Angaben des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) sind rund 77 Prozent der Lebensräume im Flachland in einem unzureichenden

oder schlechten Erhaltungszustand. Im Bergland sind es „nur“ 32 Prozent. Als besondere „Sorgenkinder“ bezeichnet LANUV-Präsident Thomas Delschen die Wiesen und Weiden im Flachland: „Ihre Fläche schrumpfte in den letzten Jahren zunehmend.“

→ weiter auf Seite 3



Foto: Angierconscious/pixello

### Schwerpunkt Naturschutz

- Weniger Reglementierung → Seite 5
- Gesetzgebung in NRW → Seite 6
- Wasserrahmenrichtlinie → Seite 8



Foto: Sebastian Nögler/dpa

### Internationales

- Weltklimagipfel → Seite 10
- 50 Jahre Vereinte Nationen → Seite 18



Foto: Sascha Steinbach/dpa

### Flucht und ihre Ursachen

- Flüchtlingspolitik → Seite 14
- Islamischer Staat → Seite 16



Foto: Mehmet Kaman/Anadolu Agency

Pegida-Anhänger während einer Demonstration am 6. Februar 2016 in Dresden

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir erleben derzeit in Deutschland tektonische Verschiebungen der politischen Verhältnisse. Normative Konsense scheinen in einem bedeutenden Teil der Gesellschaft nicht mehr zu gelten, schroffe Frontstellungen verschieben sich vom rechten Rand hin zur Mitte der Gesellschaft. Die klassischen politischen Parteien verlieren an Mitgliedern und Wählern, rechtspopulistische Formationen gewinnen Anhänger. Der „Alternative für Deutschland“ (AfD) werden in den bevorstehenden Landtagswahlen zweistellige Wahlerfolge vorausgesagt.

Die Positionen von AfD und Pegida sind fremdenfeindlich, antiislamisch, teilweise antisemitisch, antiliberal, homophob, antieuropäisch, nationalkonservativ bis offen nationalchauvinistisch. Für Aktivisten von NPD, „Neuen Rechten“ und anderen rechtsradikalen Formationen sind AfD und Pegida ein gedeihliches Biotop. Gewaltsame Übergriffe gegen politische Gegner, vor allem aber auch gegen Flüchtlinge und andere Migranten, werden mindestens mit Verständnis begleitet, wenn nicht gar dazu aufgefordert wird. Verschwörungstheorien schießen ins Kraut, die eigenen Positionen finden in Netzwerken und Internet-Foren ihre Bestätigung und Radikalisierung. Zweifel werden nicht zugelassen.

Einschlägige Studien belegen, dass die Erfolge von AfD und Pegida nicht etwa vorrangig auf Verlierern der sozio-ökonomischen Umbrüche unserer Gesellschaft beruhen, sondern dass sie ihre Anhänger vor allem in der Mitte unserer Gesellschaft gewinnen, in bürgerlichen Lebensverhältnissen mit mittlerem Einkommen. Offensichtlich ist es derzeit mit der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegen

rechtspopulistische Orientierungen nicht weiter. Die Professoren Andreas Zick und Beate Küpper kommen in der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ (2014) zu dem Ergebnis, dass rund 20 Prozent der befragten Deutschen eine eindeutig rechtspopulistische Orientierung haben und fast 42 Prozent in diese Richtung tendieren.

AfD und Pegida beanspruchen für sich, die Mitte zu repräsentieren. Sie sehen sich als die wahren Sachwalter der Belange der deutschen Volksgemeinschaft, die von den Politikern „des Systems“ verraten werden: „Wir sind das Volk!“ In der Pose des „man wird das ja wohl noch sagen dürfen“ verbreiten sie in Talkshows ihre keinem vernünftigen Argument mehr zugänglichen Behauptungen und verbinden dies zugleich mit dem Vorwurf, unterdrückt zu werden. Selbstverständliche Standards öffentlicher Debatten werden verschoben, es wird normal, Beleidigungen, Menschenverachtung und manchmal Gewaltbereitschaft (z. B. Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge an den Grenzen) auszubreiten. Der menschengefährdende Angriff gegen eine Flüchtlingsunterkunft wird zum Akt legitimen Widerstandes gegen Diebe, Vergewaltiger und islamische Terroristen erklärt, weil der Staat uns diesen Bedrohungen angeblich schutzlos ausliefert.

Wir leben in Zeiten großer Veränderungen. Arbeitsverhältnisse sind weniger sicher als früher. Familienbilder und Geschlechterrollen wandeln sich. Der demografische Aufbau der Gesellschaft wirft Zukunftsfragen auf. Einwanderer bringen andere Alltagskulturen und religiöse Orientierungen mit. Die gesellschaftliche Realität wird komplexer. Ein Teil der sozio-öko-

nomischen Mitte verweigert die Anstrengung, die Realitätsveränderungen in ihre Vorstellungen von Gesellschaft zu integrieren, und zwar unabhängig davon, ob sie in ihrem Alltagsleben tatsächlich häufig Einwanderern, Muslimen, Homosexuellen, Schwarzen oder sonstwie „Anderen“ begegnen. Vor der oft medial vermittelten Unüberschaubarkeit und Unsicherheit der Verhältnisse suchen sie Sicherheit in rückwärtsgewandter Konformität, nationaler Abgeschlossenheit und kultureller Konventionalität. Kern rechtspopulistischer Auffassungen ist ein bestimmtes Verständnis von Zugehörigkeit zu einer imaginären sozialen Gemeinschaft bei gleichzeitiger Ungleichwertigkeit aller Anderen. Die Anderen, Fremden, werden dann mit ihrer gesellschaftlichen Präsenz und ihrem Anspruch auf gleiche Rechte und gleiche Chancen als Angreifer wahrgenommen, die es abzuwehren gilt.

Wir müssen davon ausgehen, dass die rechtspopulistischen Formationen nicht so schnell wieder von der Bildfläche verschwinden. Offenbar erleben wir derzeit in Deutschland einen Prozess, der in vielen anderen europäischen Ländern schon länger zu beobachten ist. Wird es den Rechtspopulisten gelingen, hier bei uns gesellschaftliche Mehrheiten zu erringen, wie etwa derzeit in Ungarn? Es wird auch auf die Anstrengungen und das politische Geschick derjenigen zivilgesellschaftlichen Akteure ankommen, die emanzipativen und zukunftsfähigen Gesellschaftsverhältnissen verpflichtet sind. Ich glaube, wir haben gute Chancen.

Bleiben Sie engagiert!

*Ihr Eberhard Neugebohm*

→ Fortsetzung von Seite 1

Bunt blühende Wiesen mit klassischen Wiesenblumen, mit Schmetterlingen, singenden Feldgrillen und Feldlerchen, die viele Menschen hier in NRW in ihrer Kindheit noch als alltäglich erlebt hätten, seien heute kaum noch vorhanden, so der LANUV-Präsident. Die schlechte Situation der dort lebenden Arten bestätigt der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck: „Feldhamster und Grauwammer stehen unmittelbar vor dem Aussterben, sie sind aber nur die Spitze des Eisberges.“ Beunruhigend sind auch die Untersuchungsergebnisse des Entomologischen Vereins Krefeld: Danach ist die Biomasse der Fluginsekten um bis zu 80 Prozent zurückgegangen.

Foto: R. Kaufung



Sturmschäden: Fichtenmonokulturen sind besonders windanfällig und bieten nur wenigen Arten einen Lebensraum.

Foto: Luise/pixelio



Hauhechel-Bläuling

### Insektensterben

Ehrenamtliche des Entomologischen Vereins Krefeld haben zwischen 1989 und 2014 an insgesamt 88 Standorten in Nordrhein-Westfalen fliegende Insekten gesammelt, ihre Arten bestimmt und sie gewogen. Während 1995 noch bis zu 1,6 Kilogramm aus den Untersuchungsfallen gesammelt wurden, waren 2014 rund 300 Gramm schon ein gutes Ergebnis. Als Ursache vermuten Experten vor allem Neonicotinoide. Diese Pestizide werden seit Mitte der 1990er-Jahre in der Landwirtschaft eingesetzt.

Der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck hat die Untersuchungsergebnisse am 12. Januar 2016 im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages vorgestellt. Naturschützer fordern jetzt ein bundesweites, dauerhaftes Insektenmonitoring. Auch müssten Insektizide vor ihrer Zulassung deutlich kritischer als bislang überprüft werden.

### Vom Landschaftsgesetz zum Naturschutzgesetz

Für Landesumweltminister Johannes Rempel ist der Artenverlust, neben dem Klimawandel, „die größte Bedrohung für uns und die Art und Weise, wie wir leben werden“. Dieser Bedrohung will die nordrhein-westfälische Landesregierung mit einem neuen Naturschutzgesetz begegnen, dessen Eckpunkte am 23. Juni 2015 vom Kabinett verabschiedet wurden. Streng genommen handelt es sich um das erste moderne Naturschutzgesetz für NRW, denn bislang liefert das Landschaftsgesetz den zentralen rechtlichen Rahmen für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen.

Das 1975 in Kraft getretene Landschaftsgesetz galt damals als beispielhaft. Schließlich sollten erstmals nicht nur einzelne Elemente in der Natur betrachtet, sondern die gesamte Landschaft planend in den Blick genommen werden – daher auch der Name (mehr zur Geschichte der Naturschutzgesetzgebung in NRW auf den Seiten 6 und 7). Spätestens mit der 1992 von der EU verabschiedeten Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie), deren Vorgaben zum flächendeckenden und vernetzten Naturschutz im Bundesnaturschutzgesetz aufgenommen wurden, verlor das Landschaftsgesetz seine Avantgardefunktion. Und nach Ansicht der nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände waren die Novellierungen (zuletzt 2007) und Änderungen zumeist mit Verschlechterungen für den Naturschutz in NRW verbunden.

### Schutzgebiete vernetzen, Grünland sichern

Das soll sich nach Vorstellung der rot-grünen Landesregierung jetzt ändern. Und die Pläne sind durchaus ehrgeizig, insbesondere beim Thema Biotopverbund: Während das Bundesnaturschutzgesetz nur einen Anteil von zehn Prozent miteinander vernetzter Schutzgebiete an der Gesamtfläche Deutschlands vorsieht, strebt NRW 15 Prozent an. Dieses Vorhaben stößt auf gemischte Resonanz: Während etwa der Grundbesitzerverband NRW „massive Eingriffe in Eigentumsrechte“ befürchtet, sehen Naturschützer noch Luft nach oben.

Auf den Agrarflächen ist der Artenrückgang besonders evident, daher will die Landesregierung vor allem dort Akzente setzen. Nach Angaben des LANUV werden heute etwa 77 Prozent des Grünlandes in NRW intensiv bewirtschaftet, alleine im Regierungsbezirk Münster sind zwischen 1999 und 2013 rund 24.000 Hektar artenreicher Wiesen und Weiden verschwunden. Das neue Gesetz soll einen weiteren Verlust verhindern – danach dürften künftig Grünland nicht mehr in Ackerflächen umbrochen und Feuchtwiesen nicht mehr entwässert werden. Feldgehölze, Hecken und kleine Gewässer wären besonders geschützt.

Den aktuell 40 Biologischen Stationen in NRW misst die Landesregierung eine besondere Rolle in der Naturschutzarbeit zu und will die finanzielle Unterstützung dieser privatrechtlich organisierten Vereine langfristig

→ weiter auf Seite 4



Foto: Rainer Stumm/fixello

In naturnahen Buchenwäldern leben bis zu 7.000 Tierarten.

absichern. Für Flächen, die in definierten Schutzgebieten liegen, soll es künftig ein Vorkaufsrecht des Landes und zu Gunsten von Naturschutz-Stiftungen geben. Damit will das Land wertvolle Lebensräume ebenso dauerhaft schützen wie mit der rechtlichen Absicherung von rund 100 Wildnisgebieten, die in den vergangenen Jahren auf Staatswaldflächen ausgewiesen wurden.

Mit der Ausweisung von Nationalen Naturmonumenten will NRW außergewöhnliche Naturschätze sichern und für möglichst viele Menschen erlebbar machen. Als erstes Naturmonument sind die Bruchhauser Steine vorgesehen, eine vulkanische Felsformation bei Olsberg (Hochsauerlandkreis), wo Wanderfalken brüten und sich eine Flora mit Pflanzen entwickelt hat, die sonst nur in den Alpen zu finden sind.

## Zu starke staatliche Eingriffe?

Die zuletzt genannte Maßnahme dürfte unstrittig sein, aber sonst ist der Entwurf des Naturschutzgesetzes auf teilweise harsche Kritik gestoßen. Vor allem das „Aktionsbündnis Ländlicher Raum“, ein Zusammenschluss von siebzehn unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Grundbesitzern, Forst, Gartenbau,

Jagd und Fischerei mit insgesamt mehr als 600.000 Mitgliedern, wehrt sich gegen eine „staatliche Überregulierung und die damit verbundenen Einschränkungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume“.

Minister Rommel müsse den Gesetzentwurf grundlegend überarbeiten, dabei die Anwendung von Ordnungsrecht auf das Unvermeidbare beschränken und das Prinzip der Kooperation in den Mittelpunkt stellen. Die Regeln der „guten fachlichen Praxis“ bei der Grünlandbewirtschaftung dürften nicht verschärft werden. Eine Ausweitung des Vorkaufsrechts für Flächen in Schutzgebieten auf Naturschutzverbände lehnen die Mitgliedsorganisationen des Aktionsbündnisses ebenso ab wie deren verbesserte Mitwirkungsrechte bei der Landschaftsplanung.

Eine klare Absage erteilt das Aktionsbündnis der Einführung von Wildnisentwicklungsgebieten. Mit der Option, auf Wunsch des Eigentümers solche Entwicklungsgebiete auch auf Flächen außerhalb des Staatswaldes einzurichten, würden Voraussetzungen geschaffen, land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich sowie zur Jagd genutzte Flächen dauerhaft aus der Bewirtschaftung zu nehmen. (Zur Kritik am Landesnaturschutzgesetz siehe auch den Beitrag auf Seite 5).

## Verabschiedung im Frühjahr 2016?

Der BUND-Landesverband fordert ebenfalls eine Nachbesserung des vorliegenden Gesetzentwurfs, aber in die entgegengesetzte Richtung. „Hauptursache des anhaltenden Schwunds der biologischen Vielfalt ist die industrielle Landwirtschaft mit massiven Düngungen, Pestizideinsatz und immer intensiverer Bodenbearbeitung“, so der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Deshalb müssten Land und Naturschutzbehörden Bewirtschaftungsvorgaben zu Gunsten geschützter Lebensräume und Arten künftig anordnen können. Und der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumberinck richtet eine klare Botschaft an Landwirte sowie Grund- und Waldbesitzer: „Wer für den Artenverlust verantwortlich ist, sollte selber dafür sorgen, biologische Vielfalt für die nächste Generation zu erhalten und sich nicht über staatliche ‚Regulierungswut‘ beklagen.“

Bis zum 4. September 2015 konnten Naturschützer, Landnutzer und andere betroffene Gruppen zum Gesetzentwurf offiziell Stellung nehmen. Da die kontroversen Diskussionen noch längst nicht beendet sind, dürfte bis zur Abstimmung im Düsseldorfer Landtag noch einige Zeit ins Land gehen.

Bernd Pieper

# Erfolgreicher Naturschutz braucht Vertrauen

## Zum Landesnaturschutzgesetz NRW

Von Henning Höne

Im zurückliegenden Jahr hat die NRW-Landesregierung einen ersten Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes vorgelegt. Es soll das Landschaftsgesetz ablösen und die nach Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes geltenden Handlungsspielräume der Länder nutzen.

In den vergangenen Monaten wurden zahlreiche Korrekturen im Entwurf eingefordert und von der Landesregierung zum Teil auch zugesagt. Bis heute bildet der im Juni 2015 dem Landtag zugeleitete Entwurf aber noch immer den aktuellen Stand. Da Änderungen in Details wahrscheinlich sind, werde ich mich auf das Grundsätzliche konzentrieren: Es fehlt es dem Gesetzentwurf an drei Dingen: Messbarkeit, Vertrauen und Respekt.

### Fehlende Messbarkeit

Die Anstrengungen im Natur- und Artenschutz müssen verstärkt werden – bei diesem Ziel herrscht Konsens. Über den richtigen Weg muss aber gesprochen werden. Politik reagiert seit Jahrzehnten zum Beispiel auf den Rückgang von Arten pauschal mit mehr Geld und mehr Personal. Das ist zu kurz gefasst. Statt der finanzpolitischen Gießkanne sind Maßnahmen mit einer höheren Treffsicherheit notwendig.

Der vorgelegte Entwurf setzt auf das Prinzip „Viel hilft viel“: Statt des im Bundesrecht vorgegebenen Biotopverbundes auf 10 Prozent der Fläche will die Landesregierung einen entsprechenden Verbund auf „15 Prozent der Landesfläche“ (§ 35). Warum wird in NRW eine um 50 Prozent höhere Fläche angestrebt? Welche konkreten Naturschutzziele sind nur so erreichbar? Die Antworten auf diese Fragen bleibt die Landesregierung schuldig. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Vorgabe rein ideologisch motiviert ist.

### Fehlendes Vertrauen

Land- und Forstwirte leben mit, in und von der Natur – in den meisten Betrieben seit vielen Generationen. Das führt zu einem ausgeprägten Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Umwelt und den kommenden Generationen. Das bedeutet nicht, dass keinerlei staatliches Handeln erforderlich ist. Die Landesregierung geht jedoch vom „Schwarzen Schaf“ als Regel-



Foto: Visions/forolia

fall aus, zum Beispiel mit den geplanten Eingriffen in die sogenannte „gute fachliche Praxis“ der Landwirtschaft (§ 4 (1)).

Eine so pessimistische und von Misstrauen geprägte Herangehensweise lehne ich ab. Die gute fachliche Praxis spiegelt den Stand von Wissenschaft und Technik ebenso wider wie die praktische Umsetzbarkeit. Statt mit dem Ordnungsrecht die Daumenschrauben bei einer ohnehin unter großem Druck stehenden Branche anzuziehen, sollte die Landesregierung auf Kooperation und Anreize setzen. Damit gibt es lokal nachhaltige gute Erfahrungen.

### Fehlender Respekt

Die Landesregierung beteuert stets, „Betroffene zu Beteiligten“ zu machen – das gilt aber offensichtlich nicht für alle Ministerien. Andernfalls wären die Landeigentümer und -nutzer schon bei der Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie und insbesondere bei der Erarbeitung des Landesnaturschutzgesetzes aktiv einbezogen worden. Dass dies nicht der Fall war, zeugt von fehlendem Respekt gegenüber den Betroffenen und deren Eigentum. Die geplanten Einschränkungen, zum Beispiel durch die Vorkaufsrechte (§ 74), sind dafür das beste Beispiel.

Und es mangelt an Respekt gegenüber der Arbeit der Betroffenen. Der Grundsatz „Schützen durch Nutzen“ wird immer mehr ausgehöhlt, etwa durch die erwähnten Eingriffe in die gute fachliche Praxis. Misstrauen wird gesät, Vorurteile werden bedient – gerade bei der konventionellen Landwirtschaft. Notwendig wäre aber ein kritischer Blick auf unsere

Lebensmittelpreise im europäischen Vergleich. Statt Vorurteile und Misstrauen erwarte ich von der Landesregierung Anstrengungen, um die Wertschätzung für Lebensmittel und die Arbeit der Menschen, die Lebensmittel produzieren, zu steigern. Die Landesregierung erreicht das Gegenteil, wenn sie für die Fehler Einzelner ganze Branchen in Sippenhaft nimmt.

### Fazit

Erfolgreicher Naturschutz braucht Grundsätze: Kooperation vor Ordnungsrecht. Qualität vor Quantität. Schützen durch Nutzen – mit messbaren Zielen. Vertrauen in die Menschen vor Ort. Respekt und Wertschätzung für Arbeit und Eigentum. Der Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes lässt jeden einzelnen dieser Grundsätze vermissen. Er muss daher zur Generalüberholung zurück in die Werkstatt.



Foto: www.henning-hoene.de

Henning Höne ist Mitglied des Landtags NRW und für die FDP-Fraktion u. a. Sprecher für Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Die Fraktion der Freien Demokraten vertritt er im Stiftungsrat der Stiftung Umwelt und Entwicklung. Bei einem mittelständischen Möbelhersteller im Münsterland absolvierte er ein Duales Studium zum Industriekaufmann und Betriebswirt. Über die freie Mitarbeit bei der Lokalzeitung kam er als Schüler zur Politik.



Foto: Angedemocraticus/Pixello

Feuchtwiesenschutz als Vorbild für weitere Schutzprogramme in NRW

## Lange Zeit im Schneckentempo

### Zur Geschichte der Naturschutzgesetzgebung in NRW

Bis vor wenigen Jahrzehnten war Naturschutz bei Staat und Politik ein Nischenthema. In NRW lag die Gesamtfläche der Naturschutzgebiete 1966 bei lediglich 17.000 Hektar (heute sind es rund 278.000 Hektar), und die gesetzlichen Regelungen zum Naturschutz basierten noch auf dem Reichsnaturschutzgesetz aus dem Jahr 1935. Die von der CDU-Oppositionsfraktion im nordrhein-westfälischen Landtag 1967 geforderte Modernisierung war also überfällig.

1970 wechselte die Zuständigkeit für den Naturschutz vom Ministerium für Landesplanung in die Staatskanzlei, zwei Jahre später ins Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft (MELF). Die CDU machte weiter Druck für ein neues Gesetz, vor allem, um die Ballungsräume durch zusätzliche Erholungsgebiete attraktiver zu machen. Doch auch der damalige Landwirtschaftsminister Diether Deneke (SPD) zeigte sich offen für ein Gesetz, das Naturschutz und Landschaftspflege miteinander verbinden, den „Naturschutz in die Hände der bürgernahen kommunalen Selbstverwaltung legen“ und „den konservierenden Naturschutz in eine dynamische Landschaftsentwicklung“ überführen sollte.

Die Zeit zwischen dem ersten Entwurf für ein „Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Land-

schaftsgesetz)“ im November 1973 und der Verabschiedung im Januar 1975 erinnert in mancher Hinsicht an die aktuellen Diskussionen um das neue Landesnaturschutzgesetz (siehe dazu die Seiten 1,3, 4 und 5). Die kommunalen Spitzenverbände fühlten sich ebenso übergangen wie die Vertreter der Landwirtschaft, die CDU beklagte Planwirtschaft sowie fehlende Transparenz. Im Gegensatz zu heute knirschte es seinerzeit auch in der Koalition, die FDP sah sich bei der Entwicklung des neuen Gesetzes nicht ausreichend einbezogen. Dennoch stimmte sie mit der SPD-Fraktion für das Landschaftsgesetz.

### Schleppende Umsetzung

Während auf Bundesebene intensiv über das Ende 1976 verabschiedete Bundesnaturschutzgesetz diskutiert wurde, war in NRW zunächst kaum etwas vom neuen Landschaftsgesetz zu merken. Mit dem deutlich gestiegenen Naturschutzhaushalt von knapp 20 Millionen DM sollte unter anderem die neue Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) eingerichtet werden, doch erst zwei Jahre später wurde mit Albert Schmidt ein Präsident gefunden. Und auch die mit rund 5,5 Millionen DM im Haushalt veran-

kerte Entwicklung von Landschaftsplänen ging nur schleppend voran, schließlich mussten erst einmal durch umfassende Kartierungsarbeiten die Voraussetzungen geschaffen werden.

Als Ministerpräsident Johannes Rau 1979 den bisherigen Fachminister Deneke durch den gewerkschaftsnahen Hans-Otto Bäumer ersetzte, waren viele Naturschützer skeptisch. Doch Bäumer zeigte sich keinesfalls als ein Verfechter klassischer Industriepolitik, verteidigte die vorsorgende Landschaftsplanung gegen Widerstände unterschiedlicher Interessengruppen und sorgte 1979 für eine Anpassung des Landschaftsgesetzes an die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes.



Foto: dpa

Gründungstreffen der Grünen am 13. Januar 1980 in Karlsruhe mit Karl Kerschgens (l.) und Dietrich Wilhelm Plagemann

Nach der Gründung der Partei Die Grünen im Januar 1980 erhöhte sich der bundesweite Druck auf die Umsetzung einer wirksamen Umweltpolitik. In NRW ging es mit dem Naturschutz weiterhin nur schleppend voran. 1983 waren erst elf von 383 geplanten Landschaftsplänen wirksam, dieses Umsetzungsdefizit auf regionaler Ebene wurde vor allem Bäume angelastet. Der trat schließlich im Juni 1983 zurück, nachdem er die fehlende Unterstützung durch die Landes-SPD heftig kritisiert hatte. Sein Nachfolger wurde der schleswig-holsteinische SPD-Politiker Klaus Matthiesen.

## Es geht voran

Ein zentrales Problem, mit dem sich der neue Minister befassen musste, war der durch eine immer intensivere Landwirtschaft verursachte massive Artenrückgang, den die „Rote Liste“ von 1979 verdeutlicht hatte. Der BUND forderte die Auflage eines Feuchtwiesenschutzprogramms. Matthiesen setzte vor allem auf Kooperation zwischen Landwirten und Naturschützern und führte, auf freiwilliger Basis, Prämien für die extensive Bewirtschaftung von artreichen Grünlandflächen ein.

Nach der Landtagswahl 1985, bei der die SPD ihre absolute Mehrheit ausbauen konnte, erhielt Klaus Matthiesen auch die Zuständigkeit für den technischen Umweltschutz sowie die Landesentwicklung und amtierte als Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL). Der Naturschutzetat stieg von 30 Millionen DM 1983 auf 80 Millionen im Jahre 1987 an, eine gute Grundlage für erfolgreichen Vertragsnaturschutz.

Das neu entwickelte „Programm für eine umweltverträgliche und standortgerechte Land-

wirtschaft“ konnte damit umgesetzt werden, viele Landwirte nahmen das Prämienangebot des Landes an und erhöhten so die Zahl geschützter Grünlandflächen rapide. Nach dem Vorbild des Feuchtwiesenschutzes wurden in den nächsten Jahren unter anderem ein Mittelgebirgsprogramm, ein Programm zur Renaturierung von Fließgewässern und ein Streuobstwiesenprogramm aufgelegt. Der Vertragsnaturschutz boomte, nur mit den Landschaftsplänen ging es nicht so recht vorwärts.

## Wachsender Einfluss der Grünen

1990 zogen die Grünen erstmals in den Düsseldorfer Landtag ein und forderten – aus der Opposition heraus – die Einführung der im Bundesnaturschutzgesetz vorgesehenen Verbandsklagemöglichkeit für Naturschutzverbände auch in NRW. Die CDU lehnte ein solches Instrument grundsätzlich ab, SPD und FDP wollten eine ausstehende bundeseinheitliche Regelung abwarten.

Nach den Landtagswahlen 1995 koalierte die SPD mit den Grünen. Klaus Matthiesen wurde SPD-Fraktionschef, mit Bärbel Höhn übernahm eine Grüne das Umweltministerium. Beide führten die Verhandlungen über den Umwelt- und Naturschutzteil im Koalitionsvertrag, der jetzt doch die Verbandsklage enthält. 1999 legte die Landesregierung den Entwurf einer Novelle des Landschaftsgesetzes vor. Es ging vor allem darum, die 1992 von der EU verabschiedete Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) ins Landesrecht zu übersetzen und ein Netz von Naturschutzgebieten zu schaffen. Auch die Verbandsklage wurde mit der im Jahr 2000 erfolgten Novellierung eingeführt.

## Primat der Wettbewerbsfähigkeit

Bei den Landtagswahlen im gleichen Jahr erlitten SPD und Grüne Verluste, gingen aber erneut eine Koalition ein. Mit dem neuen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und seinem Nachfolger Peer Steinbrück (Clement übernahm 2002 das Bundeswirtschaftsministerium) wurde das umwelt- und naturschutzpolitische Klima in der Koalition rauher. Das „Düsseldorfer Signal“ vom Juli 2003 sollte den Streit zwischen SPD und Grünen beenden und die Regierungsarbeit auf eine neue Basis stellen. Landesumweltministerin Bärbel Höhn

sah eine echte Chance, „Infrastruktur und Naturschutz, Umwelt und Arbeit nicht länger als Widersprüche aufzufassen, sondern miteinander zu versöhnen“ – nicht ohne Erfolg: Am Ende der Legislaturperiode stand erneut eine Novelle des Landschaftsgesetzes, unter anderem mit ambitionierten Regelungen zur guten fachlichen Praxis in Land- und Forstwirtschaft. Neu eingeführt wurde auch die „Natur auf Zeit“, mit der natürliche Entwicklungsprozesse auf Industriebrachen gefördert werden sollten. Das bis heute wichtigste Ergebnis jener Jahre ist sicher der 2004 eröffnete Nationalpark Eifel, der erste Nationalpark in NRW.

Nach dem Wahlsieg der CDU 2005 wurde Jürgen Rüttgers Ministerpräsident, Eckhard Uhlenberg neuer Umwelt- und Landwirtschaftsminister. Der hatte sich in den Jahren zuvor als Kritiker einer flächendeckenden verbindlichen Landschaftsplanung hervorgetan, und diese Haltung zeigte sich auch in der nächsten Novelle des Landschaftsgesetzes 2007. Die bisherige Naturschutzpolitik hätte für die Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden, die Wirtschaft und die Land- und Forstwirtschaft nachteilige Folgen mit sich gebracht, hieß es in der Begründung der Novelle. Deshalb wurden die Vorgaben zum Biotopverbund abgeschwächt, auch sollten die anerkannten Naturschutzverbände nicht mehr an der Kartierung geschützter Biotope beteiligt werden.

Nach der Landtagswahl 2010 übernahm der Grüne Johannes Remmel das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Ihre Ankündigung, Umwelt- und Naturschutz zu einem politischen Schwerpunkt zu machen, haben SPD und Grüne seither mit dem Klimaschutzgesetz, mit dem ökologischen Landesjagdgesetz oder mit dem aktuell diskutierten Landesnaturschutzgesetz weitgehend umgesetzt.

Bernd Pieper

## Literaturhinweise

- Hans-Werner Frohn, Friedemann Schmall: Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006. Landwirtschaftsverlag 2006
- Fabian Mainzer: Retten, was zu retten ist. Grundzüge des nordrhein-westfälischen Naturschutzes 1970–1995. Tectum Verlag 2014



Bärbel Höhn (l.) und Klaus Matthiesen nach den Koalitionsverhandlungen 1995 in Bonn

# Im Rückstand

## Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in NRW

Trotz mancher Fortschritte in den letzten Jahrzehnten sind viele Gewässer innerhalb der Europäischen Union (EU) in keinem guten Zustand. Um diese Situation zu verbessern und den rechtlichen Rahmen für den Gewässerschutz innerhalb der EU auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, haben das EU-Parlament und der Europäische Rat am 23. Oktober 2000 die Richtlinie 2000/60/EG, die sogenannte EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), erlassen. Sie ersetzte eine Vielzahl von Einzelrichtlinien zum Gewässerschutz und wurde von allen EU-Mitgliedstaaten in das eigene Landesrecht aufgenommen. In Deutschland wurden dafür das Wasserhaushaltsgesetz und alle Wassergesetze der Bundesländer novelliert.

Die WRRL betrachtet Gewässer flussgebietsbezogen, also von der Quelle bis zur Mündung. Über die chemische Wasserqualität hinaus werden auch Tiere und Pflanzen im Gewässer sowie die Gewässerstrukturen zur Bewertung des Gewässerzustands herangezogen. Mit der Richtlinie sollten bis 2015 folgende Ziele erreicht werden:

- der gute ökologische und chemische Zustand aller natürlichen Oberflächengewässer,
- das gute ökologische Potenzial und der gute chemische Zustand für künstliche und natürliche, aber erheblich veränderte Gewässer,
- der gute chemische und mengenmäßige Zustand des Grundwassers.

Grundsätzlich gilt ein Verschlechterungsverbot. Alle Mitgliedstaaten müssen sogenannte Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne aufstellen, zu denen die Öffentlichkeit Stellung nehmen kann.

### Noch lange nicht naturnah

Mehr als 50.000 Kilometer Flüsse und Bäche durchziehen Nordrhein-Westfalen, und vieles ist bei ihnen ökologisch besser geworden. Die Schaumkronen auf dem Rhein existieren nur noch in der Erinnerung an schlechtere Zeiten, und auch das Image der Emscher als „Kloake des Ruhrgebiets“ beginnt langsam zu verblasen. Heute schwimmen wieder mehr als 40 Fischarten im Rhein, und die noch nicht abge-



Foto: Martin Clausen/pixello

Fischtrappe an der Ruhr



Foto: Krawczyk/fofotia

Hohe Nitratbelastung des Grundwassers durch Gülleeinträge

schlossene Renaturierung der Emscher gilt bereits jetzt als gelungenes Jahrhundertprojekt.

Doch selbst das Landesumweltministerium räumt ein, dass 2015 die meisten Fließgewässer in NRW noch längst nicht so naturnah sind, wie sie sein sollten. Sie werden eingeengt, ihrer natürlichen Dynamik beraubt und mit Schadstoffen aus Landwirtschaft und Industrie belastet. Auch das Grundwasser ist an vielen Stellen nicht frei von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln. Die Nitratbelastung, vor allem verursacht durch überschüssige Gülle aus der Landwirtschaft, hat in den letzten Jahren sogar zugenommen. Nach inoffiziellen Angaben der EU hat Deutschland nach Malta die höchste Nitrat-Verschmutzung des Grundwassers innerhalb der EU.

## Schlechte Noten

Das Wassernetz NRW – eine gemeinsame Einrichtung der Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU zur öffentlichen Begleitung der WRRL-Umsetzung – kommt in einer aktuellen Studie für den NABU-Bundesverband zu einem bitteren Zwischenfazit. In keinem Bundesland sind die Ziele auch nur annähernd erreicht worden: In fast allen Ländern befinden sich deutlich weniger als zehn Prozent der Fließgewässerkörper in einem guten ökologischen Zustand. Ausnahmen sind Rheinland-Pfalz (35,9 Prozent), Bayern (15 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (12,7 Prozent). Fließgewässerkörper sind behördlich festgelegte Abschnitte von Flüssen und Bächen mit einem mindestens zehn Quadratkilometer großen Einzugsgebiet.

Platz drei im bundesdeutschen Ranking klingt zunächst gut, ist aber angesichts der

noch schlechteren Konkurrenz ein trügerisches Ergebnis. Für Christian Schweer, einer der Autoren der Wassernetz-Studie, hat NRW nicht einmal die dringendsten Hausaufgaben gemacht: „Gerade mal fünf Prozent der notwendigen Maßnahmen wurden bis 2015 umgesetzt.“ Vor allem bei den wasserabhängigen Schutzgebieten und bei den Flussauen sei die Situation unverändert schlecht, und die Entsorgung von Gülleimporten, etwa aus den Niederlanden, sei mancherorts zu einem echten Wachstumsmarkt geworden.

## Problematisch: Versiegelung und Altlasten

NRW besitzt Anteile an den internationalen Flussgebietseinheiten Rhein, Ems und Maas sowie an der nationalen Flussgebietseinheit Weser. Je nach Flussgebietseinheit sind die Voraussetzungen und Probleme unterschiedlich. Das Einzugsgebiet des Rheins ist dicht besiedelt, der große Anteil versiegelter Siedlungs- und Verkehrsflächen erschwert die Renaturierung. Ähnlich sieht es an der Maas aus. Einige Zuflüsse des Rheins, etwa im Sauer- und Siegerland, leiden noch heute unter den Folgen des früheren Erbergbaus und sind vor allem im Sediment mit Schwermetallen belastet. In den Niederungen des nordrhein-westfälischen Rheineinzugsgebietes wird vielerorts intensive Landwirtschaft betrieben.

Auch bei der Weser wurden in der Vergangenheit viele Flussabschnitte ausgebaut und begründet, um das Land urbar zu machen. Mehr als 40 Prozent der Fläche im nordrhein-westfälischen Wesereinzugsgebiet werden ackerbaulich genutzt. Und die Auswirkungen des

hessisch-thüringischen Kalibergbaus sind bis hierher zu spüren und tragen dazu bei, dass die Weser den guten ökologischen Zustand nicht erreicht.

Im Einzugsgebiet der Ems liegt der Anteil der Ackerflächen mit 52 Prozent noch höher, dazu kommt unterschiedlich intensiv genutztes Grünland mit einem Flächenanteil von knapp 15 Prozent. Auch deshalb liegen die Nährstoffkonzentrationen an der Mündung der Ems in die Nordsee deutlich über dem Zielwert für den Meeresschutz von 2,8 Milligramm pro Liter.

## Den Aufschub nutzen

Nordrhein-Westfalen hat, wie alle anderen Bundesländer auch, Fristverlängerungen in Anspruch genommen, um die Umweltziele der WRRL bis 2021 beziehungsweise spätestens 2027 erreichen zu können. Im Rahmen eines umfangreichen Planungs- und Beteiligungsprozesses wurde am 22. Dezember 2015 ein Bewirtschaftungsplan für die Jahre 2016 bis 2021 veröffentlicht. Der Plan fasst die Grundlagen für die Bewirtschaftungsplanung der Oberflächengewässer und Grundwasservorräte in NRW zusammen und enthält die Ergebnisse der Bestandsaufnahme 2013, die aktuellen Bewirtschaftungsziele und eine Zusammenfassung der Maßnahmenprogramme.

Detaillierte Auskunft zu einzelnen Gewässern geben die sogenannten Planungseinheitensteckbriefe. Dort finden sich für 14 Gewässereinzugsgebiete Tabellen mit Angaben zur aktuellen Zustandsbewertung, zu signifikanten Belastungen und zu den Maßnahmen, die zur Verbesserung des Gewässerzustands ausgewählt wurden.

Den Bewirtschaftungsplan, das Maßnahmenprogramm, die Planungseinheitensteckbriefe sowie viele weitere Informationen gibt es unter [www.flussgebiete.nrw.de](http://www.flussgebiete.nrw.de). Auch die Webseite des Wassernetzes ([www.wassernetz-nrw.de](http://www.wassernetz-nrw.de)), dessen Einrichtung unsere Stiftung mit rund 310.000 Euro gefördert hat, ist sehr informativ.

Bernd Pieper

Teile dieses Beitrags wurden bereits in der Zeitschrift „Naturschutz in NRW“ veröffentlicht.



Foto: BMUB/KIUS

Klare Ansage am Eiffelturm während des Pariser Klimagipfels

## Vorsichtiger Optimismus

### Nach dem Weltklimagipfel von Paris

Nachdem Gipfelpräsident Laurent Fabius den Delegierten der Pariser Weltklimakonferenz am 12. Dezember 2015 den Vertragsentwurf präsentierte und sich keine Einwände mehr erhoben, war der Jubel groß unter den Delegierten der 195 teilnehmenden Staaten. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zeigte sich – zumal für ihre Verhältnisse – regelrecht euphorisch: „Wir haben heute alle zusammen Geschichte geschrieben. (...) Zum ersten Mal machen sich alle Länder dieser Welt gemeinsam auf den Weg, den Planeten zu retten. (...) Das ist ein historischer Wendepunkt.“

So vorsichtig man Begriffe wie „historisch“ und „einmalig“ verwenden sollte – ohne Zweifel hat Paris die Hoffnung genährt, dass die Wende beim Klimaschutz doch noch gelingen kann. Erstmals wurde die ominöse Zwei-Grad-

Obergrenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festgeschrieben. Darüber hinaus wollen sich alle Staaten – Industrienationen ebenso wie Schwellen- und Entwicklungsländer – darum bemühen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Selbst notorische Klimasünder wie Russland, Australien und Saudi-Arabien sind an Bord.

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen auf Null sinken. „Das bedeutet den Abschied von fossilen Energien, also Dekarbonisierung. Das Abkommen geht aber darüber hinaus, weil es alle Treibhausgase betrifft“, so Hendricks. Das muss nicht zwingend so kommen, schließlich könnte auch ein Ausgleich erzielt werden zwischen dem Ausstoß von Treibhausgasen und deren Absorption, etwa

durch Meere, Wälder oder Moore. Auch technische Lösungen, wie die Verklappung von CO<sub>2</sub>, sind möglich.

### Alle machen mit

Das im Vertrag verankerte „Fortschrittsprinzip“ soll dazu führen, dass die Staaten alle fünf Jahre schärfere Ziele für die Reduzierung ihrer Emissionen formulieren. Die Industriestaaten wollen ab 2020 rund 100 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, um den vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen bei Anpassungsmaßnahmen zu helfen und ärmere Staaten dabei zu unterstützen, ihre Energieversorgung klimafreundlich zu modernisieren. Dieser Beschluss steht allerdings nur im zweiten, rechtlich unverbindlichen Teil des Vertra-



Foto: BMUB/Sascha Hilgers  
Bundsumweltministerin Barbara Hendricks beim Start der Africa Renewable Energy Initiative auf der Pariser Klimakonferenz

ges – für viele Beobachter ein Trick, mit dem der US-Kongress umgangen wird.

Die Hauptverantwortung für den Kampf gegen den Klimawandel liegt auch nach Paris weiter bei den Industriestaaten. Allerdings sollen auch alle anderen Staaten nach ihren jeweiligen Möglichkeiten Klimaschutzmaßnahmen ergreifen und darüber regelmäßig berichten. Damit wurde erstmals die bisherige strikte Trennung in Industriestaaten, Entwicklungs- und Schwellenländer im Ansatz überwunden. Selbst der indische Außenminister, dessen Land bislang immer auf einer Sonderrolle beharrt hatte, sprach von einem „neuen Kapitel der Hoffnung“.

### Zusagen einhalten

Ob sich dieses Kapitel zu einem ganzen Buch auswachsen wird, hängt zuallererst davon ab,

wie ambitioniert die vorgesehenen nationalen Beiträge der einzelnen Länder, die sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDCs), sein werden. Blicke es bei den bisherigen nationalen Klimaplänen, wäre eine Erwärmung um mindestens 2,7 Grad Celsius nicht zu vermeiden. Es wird daher von entscheidender Bedeutung sein, dass die reichen Nationen ihre Zusagen von Paris hinsichtlich der finanziellen und technischen Unterstützung einhalten. Sonst könnte die Euphorie allzu rasch in Ernüchterung umschlagen.

Experten des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung haben berechnet, dass zur Erfüllung des Zwei-Grad-Ziels nur noch rund 1.000 Gigatonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gelangen dürften – angesichts der jetzigen Selbstverpflichtungen wären bereits im Jahr 2030 mehr als 800 Gigatonnen erreicht. Kritiker des Pariser Abkommens, wie der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger oder der Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig, fordern daher eine sofortige Verschärfung der nationalen Klimapläne.

Kathrin Schröder von MISEREOR wies auf die Probleme hin, die etwa bei Kompensationen durch Waldschutzmaßnahmen oder durch „Carbon Capture and Storage“, also die unterirdische Einlagerung von CO<sub>2</sub>, entstehen könnten: „Wie können dabei Menschenrechte, zum Beispiel die von indigenen Völkern, die in und von den Wäldern leben, geschützt werden?“ Und der NABU kritisierte, dass die Treibhausgas-

emissionen aus dem internationalen Luft- und Schiffsverkehr – beides stark wachsende Sektoren – nicht in die Verhandlungen einbezogen wurden.

### Wie geht es weiter?

Trotz aller Kritik – grundsätzlich überwiegt seit Paris der Optimismus, wie er sich auch in einer Stellungnahme von Germanwatch (mehr zu dieser NRO auf Seite 20) zeigt: „In einer Zeit globaler Krisen hat das UN-System in einer Sternstunde gezeigt, was es zu leisten imstande ist: Im multilateralen Rahmen kann es gelingen, bessere globale Kooperation zu organisieren – die einzige Möglichkeit, massive neue Krisen durch den Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten zu verhindern. Das Abkommen ist in vielen Aspekten deutlich anspruchsvoller, als viele BeobachterInnen erwartet hatten.“

Auf dem nächsten Klimagipfel im November 2016 in Marrakesch wird es darum gehen, die guten Absichten in konkrete Maßnahmen zu transformieren. Vorher, am 22. April, soll der Weltklimavertrag in New York unterzeichnet werden – allerdings nur dann, wenn mindestens 55 Staaten verbindlich zustimmen, die wiederum mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursachen. Ende 2020, wenn das bisher gültige Kyoto-Protokoll ausläuft, soll das neue Abkommen gelten.

Bernd Pieper



Foto: NABU/Andresen

Frachttransporte auf dem Meer produzieren jährlich über eine Milliarde Tonnen CO<sub>2</sub> und belasten die Luft zusätzlich mit Schwefeloxiden und Rußpartikeln.

## Ab in die Bienensauna

### Neues Verfahren gegen die Varroamilbe

Mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis, der jährlich in Düsseldorf verliehen wird, werden herausragende Initiativen und Produkte ausgezeichnet, die den gesellschaftlichen Wandel hin zu nachhaltigerem Leben und Wirtschaften fördern. 2015 vergab die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis erstmals den Next Economy Award für Start-up-Unternehmen, die mit innovativen Ideen erfolgversprechend auf Nachhaltigkeit setzen.



Mit der „Bienen sauna“ gegen die Varroamilbe

Sieger in der Kategorie „Food“ ist die Apisystems GmbH aus München. Geschäftsführer Florian Deising, Richard Rossa, Ingenieur für Regelungs- und Verfahrenstechnik, und die Produktionsverantwortliche Cornelia Rossa-Comes wollen mit ihrer „Bienen sauna“ der Varroamilbe zu Leibe rücken. Der Parasit gilt als ein Hauptverursacher des weltweiten Bienensterbens. Die herkömmliche Bekämpfung der Milbe mit Gift oder Oxalsäure ist nach Angaben der Preisträger bislang wenig erfolgreich und schädigt Bienenvölker unter Umständen sogar zusätzlich. Die von Richard Rossa entwickelte Bienen sauna setzt hingegen auf das Prinzip Hyperthermie.

Für eine Behandlung des Bienenvolks wird die Bienen sauna wie eine Schublade in den Universalboden eingeschoben, der unter der Brutzarge der Beute – so bezeichnet man die gesamte Behausung der Bienen – steht. In einer langsamen, bis maximal 39 Grad reichenden Vorwärmphase gewöhnen sich die Bienen an die höheren Temperaturen. Danach startet die eigentliche Behandlung bei einer konstanten Temperatur zwischen 40 und 42 Grad. Die jungen Varroamilben werden bereits durch die Wärmezufuhr ab 37 Grad geschädigt, 42 Grad wirken auf die Nymphen tödlich.

Ohne Brut beträgt die Behandlungszeit 100 Minuten, mit Brut 150 Minuten. Danach schaltet das Gerät automatisch ab. Während der gesamten Zeit werden Temperatur, Sauerstoffzufuhr und Feuchtigkeit im Bienenstock permanent kontrolliert und geregelt. In der Regel wird zweimal pro Jahr behandelt. Im Winter formieren sich die Bienen zu einer kompakten Traube, die Milben sitzen an den Bienen und bekommen daher direkt die Wärme zu spüren. Eine zweite Behandlung im Sommerhalbjahr dauert länger, weil die verdeckelten Brutwaben durchwärmt werden müssen. Grundsätzlich lässt sich die wetterunabhängige Bienen sauna zu jeder Jahreszeit und flexibel einsetzen.

Die Bienen sauna erzeugt eine Heizleistung bis zu 800 Watt. Die werden erzeugt durch ein externes 230V-Netzteil, das an den Hausstrom oder an einen mobilen Stromerzeuger ange-



Foto: Frank Fendler

Apisystems-Geschäftsführer Florian Deising (2. v. r.) freut sich über den Next Economy Award 2015

schlossen werden kann. Alternativ lässt sich ein Lithium-Ionen-Akkupack mit passendem Ladegerät verwenden.

Die bisherigen Ergebnisse sind vielversprechend, aber natürlich ist bei einer Neuentwicklung immer mit Rückschlägen zu rechnen. Deshalb hat der Konstrukteur Richard Rossa, seit vielen Jahren auch als Imker aktiv, einige Sicherheitsmechanismen eingebaut. So schalten Wärmesensoren das Gerät automatisch ab, bevor ein Hitzestau entstehen kann. Außergewöhnliche Geräusche, die etwa durch Erregungszustände während der Behandlung entstehen, können durch ein eingebautes Mikrofon wahrgenommen werden.

Kritiker bemängeln die fehlende Praktikabilität für Imker mit vielen Bienenvölkern oder die mögliche Langzeitwirkung erhöhter Temperaturen auf die Bienenvölker. Zudem würden Bienenvölker bei Temperaturen über 35 Grad versuchen, den Bienenstock durch heftiges Flügelschlagen zu kühlen, und sich dadurch selbst überhitzen. Um diese Befürchtungen zu entkräften, suchen Deising und Rossa ein Bieneninstitut für eine wissenschaftliche Studie – bislang vergeblich. Daher haben sie über ihre Webseite mit einem Feldversuch begonnen. Alle Imker, die ihre Bienen mit der Bienen sauna behandeln, können ihre Ergebnisse in einer Datenbank dokumentieren, die Standortbedingungen der Völker, den Milbenbefall sowie die Bienenverträglichkeit und die Volksentwicklung berücksichtigt.

➔ Weitere Informationen unter [www.bienensauna.de](http://www.bienensauna.de) und [www.nexteconomyaward.de](http://www.nexteconomyaward.de)

## Einsichten und Ausblicke Der Naturerlebnispark Panarbora

Bei Waldbröl wurde im Herbst 2015 nach zweijähriger Bauzeit der Naturerlebnispark Panarbora eröffnet. Herzstück des Parks, in den das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) rund 14 Millionen Euro investierte, ist der barrierefreie, 1.635 Meter lange Baumwipfelpfad mit seinem knapp 40 Meter hohen Aussichtsturm, der atemberaubende Ausblicke auf das Bergische Land bietet.

Der Rundkurs des Baumwipfelpfades führt durch verschiedene Vegetationszonen. Eine Ausstellung mit sechs interaktiven Lern- und Erlebnisstationen vermittelt den Besuchern spannende Einsichten in die Fauna und Flora und beantwortet viele Fragen zur Kultur und Geschichte des Waldes: Wie entwickelte sich der Urwald zum Wirtschaftswald? Warum tummelt sich so viel Leben unter der Rinde von totem Holz? Wie hat sich das Bergische Land im Lauf der Jahrhunderte verändert? Die unterhaltsam verpackten Inhalte, beispielsweise in Form von Memory-Spielen oder Puzzles, machen Panarbora auch und besonders für Familien mit jüngeren Kindern und für Vorschulklas-



Interaktive Station auf dem Baumwipfelpfad

sen interessant. An unerwarteter Stelle hört man Geräusche, Tierstimmen oder sprechende Comics. Und wer einen digitalen Zugang bevorzugt, kann vor Betreten des Pfades eine kostenlose App aktivieren.

Da die maximale Steigung auf dem Pfad sechs Prozent beträgt und er breit genug ist, kann er auch problemlos mit Kinderwagen, Rollstühlen oder Rollatoren befahren werden.

Realisiert wurde die von unserer Stiftung mit 290.000 Euro geförderte Ausstellung in einem Gemeinschaftsprojekt der Landesverbände von BUND und NABU, Panarbora, der Biologischen Station Oberberg sowie dem Waldbauernverband NRW.

➔ Weitere Informationen unter [www.panarbora.de](http://www.panarbora.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3490



900 Kilogramm schwerer Stein des Anstoßes

## Eingeschränkte Freiheit Wisentprojekt im Rothaargebirge unter Druck

Frei lebende Wisente im Rothaargebirge – die Idee einer Projektgruppe um Prinz Richard zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg hat sich innerhalb weniger Jahre in eine Erfolgsgeschichte verwandelt. Die achtköpfige Herde, die 2013 nach einer Zeit im Eingewöhnungsgehege in die Freiheit entlassen wurde, ist mittlerweile auf 17 Tiere angewachsen. Das Projekt wird intensiv wissenschaftlich begleitet.

Die benachbarte „Wisent-Wildnis am Rothaarsteig“, in der Besucher auf einem rund 20 Hektar großen Areal eine zweite Herde beobachten können, erweist sich mit durchschnittlich mehr als 30.000 Gästen pro Jahr als Publikumsmagnet. Und das Ende 2015 eröffnete, von unserer Stiftung mit rund 80.000 Euro geförderte Naturerlebniszentrum bietet Schulklassen eine ganz besondere Art von Unterricht. Unter der Anleitung des Waldpädagogen Olaf Imhof erfahren Kinder und Jugendliche in ein- oder mehrtägigen Veranstaltungen nicht

nur etwas über die vom Aussterben bedrohten Wisente, sondern allgemein etwas zur Artenvielfalt und zum Verhältnis von Mensch und Natur.

Doch im Herbst 2015 hat das Landgericht Arnsberg der Klage zweier Waldbauern aus Schmallenberg stattgegeben und den Trägerverein zu Maßnahmen aufgefordert, mit denen die Wisente aus den Wäldern der Kläger ferngehalten werden. Der Trägerverein hat dagegen Berufung eingelegt, denn es gehe um eine grundsätzliche Frage, so Vorstand Johannes Röhl: „Sind Artenschutzprojekte in Deutschland überhaupt noch möglich?“ Bis Ende des Jahres 2015 hat der Trägerverein durch Wisente verursachte Schältschäden an Bäumen in Höhe von insgesamt rund 48.000 Euro beglichen.

➔ Weitere Informationen unter [www.wisent-welt.de](http://www.wisent-welt.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3593



## Schaffen wir das?

### Härterer Kurs gegenüber Flüchtlingen

In der vergangenen Ausgabe der „Resultate“ haben wir ausführlich zum Thema Flucht und Vertreibung berichtet. Die Dynamik der Flüchtlingskrise hat sich seither nicht beruhigt, das zeigen schon einige grundlegende Zahlen: So sind 2015 laut Bundesinnenminister Thomas de Maizière 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Fast die Hälfte von ihnen hat einen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt, 273.815 mehr als im Vorjahr. Allein 162.510 Asylbewerber kamen aus Syrien. Das BAMF traf 282.726 Entscheidungen, 137.136 Personen wurden 2015 als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt. Darüber hinaus erhielten 1.707 Menschen subsidiären Schutz und 2.072 Menschen Schutz vor Abschiebung.

Im Januar 2016 haben die Bundesländer bereits 92.000 Flüchtlinge erfasst – vor einem Jahr waren es lediglich 32.200. Der Großteil dieser Menschen (35.822) gibt Syrien als Herkunftsland an, jeweils gut 18.000 kommen aus dem Irak und aus Afghanistan. Das Bundesinnenministerium rechnet damit, dass sich 2016 rund eine Million Menschen über die Türkei auf den Weg nach Europa machen werden. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sprach in der „Bild am Sonntag“ gar von bis zu zehn Millionen Menschen, die noch unterwegs seien.

Bundesweit deutlich zugenommen haben laut Bundeskriminalamt auch die erfassten Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, und zwar von 199 (2014) auf 924 (2015). In Nord-

rhein-Westfalen wurden alleine im Januar 2016 33 Übergriffe registriert, acht mehr als im gesamten Vorjahr.

### Anhaltender Streit in der EU

Es herrscht anhaltender Streit in der EU über eine effektive und gerechte Flüchtlingspolitik – kein gutes Zeichen angesichts der gewaltigen Aufgabe, die bewältigt werden muss. Derzeit sind, nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, alleine 4,6 Millionen Syrer als Flüchtlinge registriert, die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich darüber. Und es sei noch einmal daran erinnert, dass arme und kleine Länder wie Jordanien 635.000 und der Libanon 1,07 Millionen syrische Flüchtlinge beherber-

gen – und damit tatsächlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind oder sie bereits überschritten haben. In der Türkei hatte das UNHCR am Jahresende 2015 2,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien registriert, denen jedoch nicht der Status als Flüchtling, sondern lediglich der rechtlich schlechtere als „Gast“ zugebilligt wird. Vermutlich halten sich dort aber noch weitere Hunderttausende nicht registrierter Flüchtlinge auf.

Es ist grundsätzlich richtig, dass Europa und die Bundesregierung Geld aufbringen, um die Lage der Menschen in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer Syriens und Iraks zu verbessern. Die Anfang Februar in London abgehaltene Konferenz zur Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für das seit langem unterfinanzierte UNHCR hat die Erwartungen hier nicht ganz, aber wohl zu einem großen Teil erfüllt. Voraussetzung ist aber, dass dieses Geld tatsächlich den Flüchtlingen zugutekommt. Gegenüber der Türkei sind Zweifel berechtigt, ob es nicht eher zur Finanzierung des wieder aufgenommenen Kampfes gegen die eigene kurdische Bevölkerung im Südosten genutzt wird. Leider müssen wir damit rechnen, dass durch diese Politik die nächsten Hunderttausende in die Flucht getrieben werden.

### Mehr Solidarität ist gefordert

Europa – ein Kontinent mit über 700 Millionen Einwohnern und die reichste Wirtschaftsregion der Welt – ist in seiner materiellen Leistungsfähigkeit weit davon entfernt, die hierher geflohenen Menschen nicht aufnehmen und integrieren zu können. Das Problem ist die mangelnde gesamteuropäische Bereitschaft, die Herausforderungen gemeinsam, solidarisch und im Geiste seiner vielbeschworenen normativen Grundsätze bewältigen zu wollen. Die Vorwürfe gegenüber der Bundeskanzlerin, sie habe mit ihrem „Wir schaffen das“ und Selfies mit Flüchtlingen die Millionen Menschen erst nach Europa gelockt, sind lächerlich. Der Forderung, die EU-Außengrenzen wirksam zu kontrollieren, kann nicht ernsthaft widersprochen werden, sofern damit nicht Flüchtlingen der Schutz entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention verweigert werden soll. Aber dann müssen Länder wie Griechenland dabei unterstützt werden und sie dürfen umgekehrt eine solche Unterstützung nicht als Missachtung ihrer nationalen Integrität zurückweisen. Es ist eine unselige Entwicklung, dass die

EU-Kommission jetzt darüber nachdenkt, die betroffenen Mitgliedstaaten notfalls zu zwingen, Mitarbeiter der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) einzusetzen.

Das Dublin-II-Abkommen, wonach Asylsuchende in den Ersteinreiseländern der EU bleiben und ihr Asylverfahren dort betreiben müssen, war auch in den letzten Jahren schon ein Akt mangelnder Solidarität gegenüber Italien, Griechenland, Malta und anderen EU-Staaten. Solidarisch wäre eine Verteilung auf die EU-Staaten nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft. Das scheitert derzeit an den fremdenfeindlichen, antiislamischen und antieuropäischen Positionen rechtspopulistischer Regierungen in Ungarn, Polen, Tschechien und anderen Ländern und an der Angst vor rechtspopulistischen Parteien in vielen weiteren Staaten.

### Schengen am Ende?

Schweden, Sinnbild einer offenen Gesellschaft, hat mit seinen rund 9,5 Millionen Einwohnern in Relation zur Bevölkerungszahl so viele Flüchtlinge aufgenommen wie kein anderes EU-Land. Mehr als 160.000 waren es alleine 2015. Doch im November des vergangenen Jahres, nachdem immer mehr Menschen den Weg nach Nordeuropa einschlugen und Schweden seine Kapazitäten am Limit sah, änderte die Regierung ihren Kurs. Seither müssen Flüchtlinge, die in Schweden Schutz suchen, gültige Ausweispapiere vorlegen. Wer das nicht kann, wird abgewiesen – in der Regel zurück nach Dänemark. Kurze Zeit darauf hat Dänemark mit Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze begonnen.

In 22 EU-Staaten und vier weiteren Ländern garantierte das Schengener Abkommen bis vor Kurzem den offenen Grenzverkehr. Personenkontrollen gab es in der Regel nicht. Laut Abkommen können die Schengen-Staaten nur bei Großereignissen oder drohender Gefahr für die nationale Ordnung für einen gewissen Zeitraum wieder Kontrollen einführen. Diese Begründung nehmen nun immer mehr Länder für sich in Anspruch: Auch Deutschland, Österreich und Frankreich haben wieder mit der Kontrolle ihrer Grenzen begonnen. Ungarn hat schon vor Monaten die Grenze zu Serbien und Teile der Landesgrenze zum EU-Nachbarn Kroatien mit Stacheldraht verbarriadiert, und Italien denkt über Restriktionen beim Grenzverkehr mit Slowenien nach.

Die Angst vor den ökonomischen und sozialen Kosten der Aufnahme weiterer Flüchtlinge wird Europa durch das Ende offener Grenzen nach Berechnungen der französischen Denkfabrik „France Strategie“ mit volkswirtschaftlichen Kosten von 110 Milliarden Euro bezahlen.

### Der Ton wird rauher

Von einer mitfühlenden und abgestimmten Flüchtlingspolitik innerhalb der EU sind wir also weit entfernt. Und auch in Deutschland wird, trotz der anhaltenden Hilfsbereitschaft unzähliger haupt- und ehrenamtlicher Kräfte, der Ton rauher, zumal nach den Übergriffen der Silvesternacht in Köln und anderen Städten. Die Bundeskanzlerin hat bereits angekündigt, dass die meisten der Flüchtlinge, die 2015 in Deutschland Schutz gesucht haben, nach dem Ende der Bürgerkriege in ihre Heimat zurückkehren müssen. Ähnlich äußerte sich Innenminister Thomas de Maizière in der afghanischen Hauptstadt Kabul, und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will die Regeln für Hartz-IV-Empfänger künftig auch auf Asylbewerber und das Asylbewerberleistungsgesetz anwenden.

Mit dem „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“, dem sogenannten Asypaket II, will die Bundesregierung den Familiennachzug erschweren, eine Residenzpflicht für Flüchtlinge in Aufnahmeeinrichtungen einführen und Abschiebungen erleichtern. Darüber hinaus sollen Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, was nicht nur von Pro Asyl heftig kritisiert wird. Das Asypaket II soll noch im Februar von Bundestag und Bundesrat beraten werden.

In Nordrhein-Westfalen wurden 2015 rund 330.000 Flüchtlinge registriert und 77.223 Asylanträge gestellt. Das Land will 2016 rund vier Milliarden Euro für die Unterbringung und Integration ausgeben. 49 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten haben ein Kommunales Integrationszentrum, das ist bundesweit vorbildlich. Aber dennoch ächzen vor allem die Kommunen unter den Herausforderungen und beklagen eine Finanzierungslücke von mehreren Hundert Millionen Euro. Die Verteilungskämpfe gehen weit über das Ökonomische hinaus, wenn etwa Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden und die Vereine, die ja durchaus eine wichtige Rolle bei der Integration spielen können, ihre Angebote drastisch reduzieren müssen.

Eberhard Neugebohrn/Bernd Pieper



Foto: AP Photo/Khalid Mohammed

Dankgebet nach gewonnener Schlacht: irakische Schiitenmiliz im April 2015 in Tikrit

## Aufstieg im politischen Vakuum

### Der sogenannte „Islamische Staat“

Von Jochen Hippler

Der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) schien 2014 fast aus dem Nichts auf die politische Bühne zu springen, als er aus Syrien eindringend in wenigen Wochen große Teile des Iraks eroberte. Durch Enthauptungen und öffentliche Massenhinrichtungen verbreitete er weltweit Entsetzen. Aber ganz so neu war der IS nicht. Auch wenn seine Vorgängerorganisationen inzwischen mehrfach ihre Namen änderten, so liegen ihre Wurzeln in den 1990er-Jahren, als der Jordanier Abū Mus'ab az-Zarqāwī in seinem Heimatland eine jihadistische Organisation gründete.

Der Aufstieg des IS konnte nur gelingen, weil sowohl im Irak als auch in Syrien ein politisches Vakuum entstanden war, das der Schwäche funktionierender und legitimer Staatlich-

keit entsprang. Dieses Vakuum konnte der IS selbst mit noch relativ schwachen Kräften erfolgreich füllen, was ihn zu einem zentralen Machtfaktor in beiden Ländern heranwachsen ließ.

Dies konnte man bereits in den Jahren 2003 bis 2007 beobachten, als seine Vorgängerorganisation, die seit 2004 als „Al Qaida im Irak“ bekannt wurde, einen ersten, schnellen Aufstieg erlebte. Der Hintergrund bestand in der für die arabischen Sunniten des Irak traumatisierenden Erfahrung, nach dem Sturz Saddams Husseins durch US-Truppen politisch marginalisiert zu sein. Die Zerschlagung des früheren Militärs und der Baath-Partei zielten zwar offiziell nur auf die Beseitigung der Strukturen der ehemaligen Diktatur, führte zusam-

men mit anderen Maßnahmen aber dazu, die Gruppe der arabischen Sunniten insgesamt ins politische und ökonomische Abseits zu stellen. Ihr Widerstand nahm bald auch gewaltsame Formen an, und im entstehenden sunnitischen Aufstand konnten jihadistische Gruppen – und insbesondere „Al Qaida im Irak“ – eine Schlüsselrolle einnehmen, da sie gut organisiert, entschlossen und kampferfahren waren. Da sich die Jihadisten wie „Fische im Wasser“ unter den sunnitischen Arabern bewegen konnten, gelang es weder den US-Truppen noch der irakischen Regierung, diese zu schlagen, obwohl die USA 2006 Zarqawi töten konnten. (Sein Nachfolger wurde Omar al Baghdadi, nach dessen Tod trat der spätere „Khalif“, Abu Bakr al Baghdadi, an die Spitze.)

## Chance verspielt

„Al Qaida im Irak“ erwies sich bald nicht nur als militärisch kompetent, sondern auch als extrem brutal – auch gegenüber Sunniten, die ihrer Linie nicht folgten. 2006/2007 war es dann so weit, dass die meisten Sunniten der Macht dieser Gruppe überdrüssig waren und sie als schlimmer empfanden als die der US-Besatzungstruppen und der irakischen Regierung. Sunnitische Stämme und Freiwillige gingen schließlich gewaltsam gegen „Al Qaida im Irak“ vor. Da sie früher mit ihnen gemeinsam gekämpft hatte, wussten sie gut über sie Bescheid, und in einigen Monaten hatten sie Tausende von ihnen getötet, verwundet oder in die Flucht geschlagen – wobei sie finanzielle und Waffenhilfe vom US-Militär und der irakischen Regierung erhielten. Schätzungsweise 90 Prozent der Jihadistentruppe war damit ausgeschaltet. Damit ging die Gewalt im Irak nicht nur massiv zurück, sondern auch politisch waren die Sunniten bereit, sich in das neue politische System zu integrieren. Bei den Wahlen von 2010 stimmten sie mit großer Mehrheit für eine säkulare Partei, was ihren Bruch mit dem Jihadismus unterstrich.

Diese Chance wurde allerdings vom damaligen Ministerpräsidenten Maliki verspielt, der zur Sicherung seiner persönlichen Macht einen scharfen anti-sunnitischen Kurs betrieb, der die Sunniten bald erneut marginalisierte und in den Widerstand trieb. Damit eröffnete sich für „Al Qaida im Irak“ (bald umbenannt in „Islamischer Staat im Irak“) eine neue Möglichkeit, wieder in die Offensive zu gehen. Zugleich hatten sich im Nachbarland Syrien aufgrund des 2011 beginnenden Bürgerkrieges die politischen Verhältnisse grundlegend geändert.

## Internationaler Machtfaktor

Beim Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien schickte „Al-Qaida im Irak“ ab Mitte 2011 Kader nach Syrien, um die dortige Situation der Konfessionalisierung und Schwächung des Staates auszunutzen. Diese Kräfte gründeten die Nusra-Front, die sich in der Treibhaussituation des syrischen Bürgerkrieges schnell zu einer der stärksten Milizen entwickelte. 2013 kam es zum Machtkampf zwischen „Al-Qaida im Irak“

(dann umbenannt in: „Islamischer Staat in Irak und Syrien“, ISIS) und der Nusra-Front, als ISIS die völlige Kontrolle seines Ablegers beanspruchte. Als sich die Al-Qaida-Führung in Pakistan nach einigem Zögern auf die Seite der Nusra-Front stellte, brach ISIS daraufhin öffentlich mit Al-Qaida, benannte sich im Juni 2014 in den „Islamischen Staat“ (IS) um, und der IS-Chef Baghdadi ernannte sich selbst zum „Khalifen“. Mit diesem Schachzug beanspruchte der IS nunmehr die Führungsposition gegenüber allen jihadistischen Gruppen (und sogar allen Muslimen gegenüber).

Nachdem der IS sich in Syrien fest etabliert hatte, wurde er 2014 zu einem internationalen Machtfaktor, als er in wenigen Wochen fast ein Drittel des Iraks unter seine Kontrolle brachte und zusammen mit seinen Gebieten in Syrien eine Region kontrollierte, die der Größe Großbritanniens entsprach. Er drang mit schätzungsweise 4.000 bis 5.000 Kämpfern überfallartig von Syrien in den Irak vor, wo ihm mehr als zehnmal so viele irakische Soldaten gegenüberstanden, mit US-amerikanischen Waffen gut ausgestattet. Allerdings machten die irakischen Soldaten keinerlei Anstalten, ihr Land zu verteidigen, sondern flohen, ohne Widerstand zu leisten. Dabei dürfte der Ruf gnadenloser Brutalität des IS einschüchternd gewirkt haben, aber der entscheidende Grund für die Flucht des irakischen Militärs lag darin, dass die Soldaten und Offiziere den irakischen Staat und die Regierung Maliki nicht für verteidigungswert hielten. Letztlich beruhte der schnelle und durchschlagende Erfolg des IS nicht auf seiner militärischen oder personellen Stärke, sondern auf der Schwäche des irakischen Staates, der selbst von seinen eigenen Sicherheitskräften nicht als legitim betrachtet wurde.

## Mehr als eine Terrororganisation

Der IS wird verharmlost, wenn man ihn allein oder zuerst als „Terrororganisation“ bezeichnet, wie dies häufig der Fall ist. Eine Terrorgruppe wird durch ihre terroristische Praxis definiert. Der IS begeht terroristische Verbrechen, aber diese machen nur einen kleineren Teil seiner Praxis aus. Der IS ist zugleich eine Aufstandsbewegung und betreibt einen Guerillakrieg, er verfügt darüber hinaus über die

Entsprechung regulärer Streitkräfte mit der Fähigkeit, Panzer und Artillerie in größerem Maßstab einzusetzen; er ist daneben eine „soziale Bewegung“ mit entsprechendem Aktivismus. Der IS verwaltet ganze Städte und große Regionen und regelt dort den Verkehr, das soziale Leben, die Infrastruktur, das Justizwesen und die Wirtschaft. Er organisiert zumindest Ansätze eines sozialen Sicherungssystems. Er ist ein entstehender Staat. All dies macht den IS weit gefährlicher und bedeutsamer als eine bloße Terrororganisation. Er stellt in gegenwärtig zumindest zwei Staaten die Machtfrage, was die Fähigkeiten einer Terrororganisation weit übersteigt. Er mag zwar noch kein „Staat“ sein, aber die Phase des bloßen Terrorismus als sogenannte „Waffe der Schwachen“ hat er weit hinter sich gelassen. Es handelt sich vielmehr um eine politisch-militärische Großorganisation, die neben anderen Taktiken und Mitteln auch Terrorismus praktiziert, wo immer dies nützlich erscheint.

Sein Erfolg und seine Militanz haben den IS über den Irak und Syrien hinaus für Jihadisten anziehend werden lassen. Inzwischen haben sich ihm bis zu 31.000 ausländische Kämpfer angeschlossen, meist aus Nordafrika, von der Arabischen Halbinsel oder aus Europa, von denen aber schon viele zurückgekehrt sind. Dadurch verfügt der IS über potenzielle Attentäter auch im Ausland (etwa bei den Anschlüssen in Paris), aber kann auch unabhängiger von den Bedingungen in Syrien und dem Irak operieren, da die ausländischen Kämpfer dort nicht verwurzelt sind und zum Teil nicht einmal die Sprache sprechen. Letztlich allerdings hängt die Zukunft des IS vor allem davon ab, ob es ihm gelingt, bei den arabischen Sunniten zumindest als das kleinere Übel akzeptiert zu werden, oder ob er sich durch seine Brutalität der eigenen sozialen Basis entfremdet, wie dies seiner Vorgängerorganisation „Al Qaida im Irak“ bereits 2007/8 schon einmal passiert ist, was sie fast zerstörte.

Dr. Jochen Hippler ist Politikwissenschaftler und Friedensforscher und arbeitet seit 2000 am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind: Der Zusammenhang von politischer Gewalt, Governance und politischen Identitäten, etwa religiöser oder ethno-nationaler Art, sowie militärische Interventionen westlicher Länder. Regionale Forschungsschwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan und Pakistan.

# Gegen die „Geißel des Krieges“

## 70 Jahre Vereinte Nationen

Im Januar 1946 nahmen die Vereinten Nationen ihre Arbeit auf. Die Gründung der Organisation war eine Reaktion der Weltgemeinschaft auf den 2. Weltkrieg, und es war ein zweiter Anlauf, denn der nach dem 1. Weltkrieg gegründete Völkerbund hatte es nicht vermocht, einen erneuten globalen Konflikt zu verhindern.

Bereits im Januar 1942 beschlossen 26 Staaten, die gegen Deutschland im Krieg standen, in einer gemeinsamen Erklärung die Errichtung der Vereinten Nationen, und am 26. Juni 1945 unterzeichneten 51 Nationen die UN-Charta. Mit der ersten Generalversammlung im Januar 1946 in London begann dann die eigentliche Arbeit.

Heute gehören 193, also fast alle Staaten zur UN. Mit Unterzeichnung der UN-Charta haben sie sich zum Ziel gesetzt, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Frieden durch Dialog, Kooperation und Diplomatie, aber notfalls auch durch UN-Friedensmissionen – im Gegensatz zum Völkerbund dürfen die Vereinten Nationen Soldaten zur Friedenserhaltung und auch zur Friedenserzwingung einsetzen. Ende 2015 waren nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 125.000 UN-Soldaten bei 16 Friedensmissionen auf vier Kontinenten im Einsatz.

Mächtigste Instanz innerhalb der UN ist der Sicherheitsrat mit den ständigen Mitgliedern USA, Russland (als Rechtsnachfolger der Sowjetunion), China, Frankreich und Großbri-

tannien sowie zehn weiteren Mitgliedern, die für jeweils zwei Jahre gewählt werden. Die ständigen Mitglieder besitzen ein Vetorecht und können somit jeden Mehrheitsbeschluss blockieren. Nach Artikel 24 der UN-Charta trägt der Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Seine Beschlüsse sind für alle UN-Mitgliedstaaten bindend.

In der UN-Generalversammlung hat jeder Staat eine Stimme. Kleine, bevölkerungsarme Staaten mit schwacher Wirtschaftskraft können dort Staaten mit großer Bevölkerung und Wirtschaftskraft überstimmen. Wäre es in der Geschichte seit dem 2. Weltkrieg immer nach den Mehrheitsverhältnissen in der Generalversammlung gegangen, so hätten die UN sicherlich das gleiche Schicksal wie der Völkerbund erlitten und wären vermutlich schon in den 50er-Jahren zerbrochen. Die „realpolitische“ Machtverteilung zwischen der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat mit seinen Vetomächten war die Voraussetzung, dass die Organisation die extremen Widersprüche des Kalten Krieges überstehen konnte – allerdings um den Preis, dass die Vetomächte des Sicherheitsrates viele notwendige Beschlüsse einfach verhindert haben und die UN deshalb in vielen Konflikten nicht oder nicht angemessen eingreifen konnten.

Die Vetomächte des Sicherheitsrates spiegeln heute immer noch die Kräfteverhältnisse

der Welt von 1945 wider. Auch Großbritannien und Frankreich waren – trotz ihres Machtverlustes durch den 2. Weltkrieg – noch immer Weltmächte, beherrschten sie doch mit ihren damals noch existierenden Kolonialreichen einen beträchtlichen Teil der Erdoberfläche und entwickelten sich zu Atommächten. Heute hat sich ihre Weltgeltung stark vermindert, und so verlangen viele Staaten eine Reform des Sicherheitsrates. Länder wie Indien und Brasilien haben die Aufnahme als ständige, mit Vetorecht ausgestattete Mitglieder gefordert.

Wichtigstes administratives Organ der UN ist das Sekretariat in New York mit Außenstellen in Genf, Nairobi und Wien. Nach Artikel 97 der UN-Charta besteht es aus dem für fünf Jahre gewählten Generalsekretär (derzeit Ban Ki-moon) und den internationalen Bediensteten. Das Sekretariat erstellt den Etat, organisiert Konferenzen, verfasst Berichte und unterstützt die anderen UN-Gremien bei deren Arbeit. Rechtsprechungsorgan der UN ist der Internationale Gerichtshof mit Sitz in Den Haag.

Nach Artikel 17 der UN-Charta sind die Ausgaben der Organisation von den Mitgliedstaaten nach einem von der Generalversammlung festzulegenden Verteilungsschlüssel zu tragen. Ein Mitglied verliert sein Stimmrecht in der Generalversammlung, wenn es mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge für zwei Jahre im Rückstand ist. Der reguläre Haushalt 2016/2017 beläuft sich auf 5,4 Milliarden US-Dollar. Die weiteren Programme und Fonds der Vereinten Nationen werden aus zusätzlichen freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert.

Und diese Programme sind wichtig. Das World Food Programm etwa rettet unzählige Menschen vor dem Hungertod, und das UN-Flüchtlingshilfswerk wurde bereits zweimal mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Doch diese Hilfe ist in Gefahr, warnte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Anfang 2016: Zwar gebe die Weltgemeinschaft jährlich 25 Milliarden Dollar aus, um 125 Millionen Menschen zu unterstützen, die von Krieg, Krisen und Naturkatastrophen betroffen sind. In einem „Zeitalter der Megakrisen“ fehlten den Vereinten Nationen für die wachsende Zahl von Menschen in Not allerdings weitere 15 Milliarden Dollar pro Jahr.

➔ Weitere Informationen unter [www.un.org/un70/en](http://www.un.org/un70/en) und [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)



Foto: Sebastian Nögler/dpa

UN-Soldaten 2008 im Südlibanon

## Lesen!

### Neue Publikationen unserer Projektpartner



In den letzten Monaten sind in von unserer Stiftung geförderten Projekten mehrere Publikationen entstanden, die auch für Ihre Arbeit interessant sein könnten. Hier eine kleine Auswahl.

#### Sozial verantwortliches Wirtschaften

FairSchnitt heißt ein Projekt von Femnet, das in modebezogenen Studiengängen die Produktionsbedingungen in der Textilindustrie zum Thema macht. In diesem Zusammenhang entstand die Broschüre **„Sustainable Sourcing: Für Menschenrechte in der Mode. Faire Kette, faire Anbieter“**. Auf 60 Seiten informiert sie über die derzeitige Situation, zeigt Lösungsansätze auf und unterstützt mit einem Branchenverzeichnis ganz konkret die Suche nach nachhaltig produzierten Materialien. Download und Bestellung unter [www.fairschnitt.org](http://www.fairschnitt.org).

Mit sozial verantwortlicher IT-Beschaffung beschäftigt sich ein Projekt des Vereins WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung. An öffentliche Auftraggeber richtet sich der Praxisleitfaden **„Praxisbeispiele sozial verantwortlicher IT-Beschaffung“**. Er stellt Beispiele von Vergabestellen aus ganz Europa vor, die soziale

Kriterien in ihre IT-Ausschreibungen integrieren und unterschiedliche Ansätze der Kontrolle verfolgen. Neben konkreten Ausschreibungen mit Mustervorlagen gibt es Beispiele struktureller Maßnahmen und externer Hilfestellungen. Interessant ist auch die Dokumentation einer Fachkonferenz zum gleichen Thema, die WEED im November in Gelsenkirchen veranstaltet hat. Download unter [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org).

#### Umweltbildung

Kindern eine gesunde und klimafreundliche Ernährung schmackhaft machen: Das soll das Kochbuch **„Ich koche – Sterneköche fürs Klima“** des Naturgut Ophoven. Es umfasst 100 Seiten mit 73 Rezepten, die vorab von Kindern getestet und bewertet wurden. Nur die erfolgreichsten haben es in dieses Kochbuch geschafft, sortiert nach Rubriken wie „Die Sattmacher“, „Süß geht immer“ oder „Geschenke zum Aufessen“. Wichtig ist den Machern, dass nicht bestimmte Lebensmittel verboten werden, aber dass man bewusst entscheiden sollte, wie häufig man sie isst. Bestellung unter <http://naturgut-ophoven.de/shop/>.

**Ohrendschungel – der Natursymphonie auf der Spur:** Unter diesem Titel hat die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW ein Bildungskonzept für 9- bis 13-Jährige entwickelt, das sich auch an Kinder des Förderschwerpunktes „Sehen“ richtet. Im Zentrum steht ein „Bioakustiktag“, der Biodiversität quasi hörbar macht. Ein „Handbuch für Bildungspartner“ mit detaillierten Anleitungen ermöglicht es Lehrkräften, die Projektidee aufzugreifen. Download und Bestellung unter [www.lag21.de](http://www.lag21.de).

Das Projekt **„Erforsche Neophyten mit! Citizen Science“** wurde von der BUND-Kreisgruppe Bonn gestartet, um Kinder (ab etwa 10 Jahren) für die Forschung zu interessieren. Gleichzeitig sollen die Wahrnehmung von Arten und Lebensräumen sowie Kenntnisse über die Dynamik der Natur gefördert werden. Die Projektbroschüre richtet sich an Lehrkräfte und Multiplikatoren. Sie bietet einen Überblick zum Thema Neophyten und gibt Anregungen, wie Kinder und Jugendliche unter fachlicher Begleitung aktiv werden können. Download unter [www.bundforschtinbonn.de](http://www.bundforschtinbonn.de).

## Glückwunsch!

### Auszeichnungen für „Natur in graue Zonen“

Gleich drei Auszeichnungen hat der Wissenschaftsladen Bonn 2015 für sein Projekt „Natur in graue Zonen“ erhalten, das sich der Begrünung innerstädtischer Unternehmensflächen widmet. Den Beginn machte im Frühjahr die Ernennung zum offiziellen Projekt der UN-Dekade „Biologische Vielfalt“. Im Oktober folgte die Aufnahme in die Riege der qualifizierten Projekte der Landesinitiative „KlimaExpo.NRW“. Im Dezember wurde das Projekt Sieger beim bundesweiten Wettbewerb „BodenWertSchätzen“ im Themenfeld „Flächennutzung, -management und -recycling“. Der Preis wird vom Rat für Nachhaltige Entwicklung und der Deut-

schen Bundesstiftung Umwelt an innovative Projekte vergeben, die zum Schutz des Bodens beitragen.

Auch das neue Jahr begann für den Wissenschaftsladen äußerst erfreulich: NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze zeichnete die Einrichtung als „Ort des Fortschritts“ aus. „Seit über 30 Jahren engagiert sich der Verein dafür, dass Bürgerinnen und Bürger wissenschaftliche Erkenntnisse nutzen und Fortschritt gestalten können“, so die Ministerin. Gratulation an den Wila und weiter so!

→ Informationen zum Projekt unter [www.natur-in-graue-zonen.de](http://www.natur-in-graue-zonen.de)



Grün statt grau: Mitarbeitende einer Praxis für Oralchirurgie verschönern das Betriebsgelände.

# Hinsehen, analysieren, einmischen

25 Jahre Germanwatch



Fotos: Germanwatch

Aktion vor dem Alten Rathaus in Bonn zum „Erdüberlastungstag 2015“

Streng genommen war die Gründung von Germanwatch vor einem Vierteljahrhundert eine Reaktion auf die deutsche Wiedervereinigung. Deutschland war größer geworden und würde in den kommenden Jahren ohne Zweifel eine wichtigere Rolle in der Welt spielen. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes schien eine neue Weltordnung möglich, und es würde darauf ankommen, das hereinbrechende Zeitalter der Globalisierung in nachhaltige Pfade zu lenken: „Ist Globalisierung ein Teufelswerk oder kann man sie – auch – für die Interessen der Entwicklungsländer nutzen und gestalten?“, so der Vorstandsvorsitzende Klaus Milke in der Jubiläumsausgabe des Germanwatch-Magazins „Weitblick“.



Gründungsversammlung 1991

Die meisten der rund 100 Menschen, die sich zur Gründungsversammlung am 24. Februar 1991 nach Bonn aufmachten, hatten schon einige Erfahrung im Entwicklungssektor – unter anderem in dem 1987 ins Leben gerufenen und

wenig erfolgreichen NRO-Netzwerk Entwicklungszusammenarbeit. Sie wollten eine Organisation mit mehr Schlagkraft für globale Gerechtigkeit, für Armutsbekämpfung, für Klima- und Umweltschutz, die sich nicht in kleinlichen Scharmützeln untereinander verstricken sollte.

Auch standen große Herausforderungen unmittelbar bevor: Wie würden sich die osteuropäischen Staaten entwickeln? Welche Rolle würde Deutschland im künftigen EU-Binnenmarkt spielen, und mit welcher Agenda würde es in die bevorstehende UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro gehen? Germanwatch sprach in jener Zeit gerne und provokativ vom „Entwicklungsland Deutschland“ – Entwicklungsland deshalb, weil Fehlentwicklungen wie der zu hohe Ressourcenverbrauch sowie der verschwenderische Lebensstil auf Kosten der Armen sowie künftiger Generationen dringend der Korrektur bedurften.

Und Germanwatch machte in den folgenden Jahren ernst mit seinem Programm. Die Kampagne gegen Subventionen für Rindfleischexporte nach Westafrika (1994), die Gründung des Europäischen Unternehmerrats für eine nachhaltige Energiezukunft (1996), die Initiative zur Gründung der Unternehmerkampagne „e-mission 55“ zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls (2001), der jährliche globale Klimaschutzindex (seit 2005) oder die Kampagne

„100 Prozent Zukunft“ (2010) zur kompletten Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2050: Das sind nur einige Beispiele für viele erfolgreiche Aktionen unter dem Motto „Hinsehen, analysieren, einmischen“.

Germanwatch hat sich von einer reinen Nord-Süd-Organisation zu einer Umwelt- und Entwicklungsorganisation weiterentwickelt, da beide Aspekte bei Fragen zum Erhalt des Bodens, zur Biodiversität oder zu sauberem Wasser nicht voneinander zu trennen sind. Das spiegelt sich auch in den aktuellen Aufgaben wider, die Klaus Milke skizziert: „2016 wird das Jahr, in dem die 2015 beschlossenen Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und die Klima- und Dekarbonisierungs-Beschlüsse des UN-Gipfels von Paris umgesetzt werden müssen.“

Deutschland müsse im Kontext einer neu zu entwickelnden Nachhaltigkeitsidentität der EU zeigen, dass es besonders ambitioniert und glaubwürdig die SDGs mit der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verknüpft, so Milke. Die nachhaltige Transformation von Energie, Verkehr und Landwirtschaft zählt Milke zu den weiteren zentralen Herausforderungen für seine Organisation.

Germanwatch hat mittlerweile auch ein Berliner Büro, will aber dem Gründungsstandort Bonn treu bleiben. Hier sitzt auch die 1997 aus Germanwatch hervorgegangene „Stiftung Zukunftsfähigkeit“, die sich „für ökologische Tragfähigkeit, ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit als Basisfaktoren einer überlebendigen Welt“ einsetzt. Bereits seit 2014 engagiert sich Klaus Milke für den Ausbau des Standorts Bonn als Internationaler Bonn-Botschafter, und 2016 ist Germanwatch auch offizieller „Jahrespartner“ der Stadt Bonn.

Unsere Stiftung hat bislang elf Projekte von Germanwatch gefördert, darunter aktuell „Globale Wirtschaft – innerhalb sozialer und ökologischer Leitplanken“ (Z-5312).

➔ Weitere Informationen unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

# Umgeblättert

## Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



### Die Mühen der Ebene

Im September 2015 haben die UN die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) beschlossen. Diese Ziele gelten für alle Staaten weltweit und verknüpfen Armutsbekämpfung mit Umweltschutz.

Wie immer wird es darauf ankommen, die globalen Ziele auf der nationalen und lokalen Ebene umzusetzen. Wie kann das funktionieren? An Antworten auf diese Frage versuchen sich die Autorinnen und Autoren der aktuellen Ausgabe von **politische ökologie**, und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven. Hans R. Herren und Michael Bergöö untersuchen, ob und wie sich „Gesunde Nahrung für alle“ realisieren lässt. Marie-Luise Abshagen und Jürgen Maier fordern die Implementierung von Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Handelspolitik. Antje von Dewitz und Lisa Fiedler sind der Vorbildfunktion nachhaltiger Unternehmen auf der Spur, und Jens Martens stellt die zentrale Frage nach der Finanzierung. Diese und viele weitere Beiträge machen das Heft mit dem Titel „Nachhaltige Entwicklungsziele – Agenda für eine bessere Welt“ ausgesprochen lesenswert.

Die politische ökologie erscheint viermal pro Jahr im oekom Verlag und wird herausgegeben vom oekom e. V. – Verein für politische Kommunikation. Die Zeitschrift möchte ein Forum für Diskussionen jenseits fachlicher Grenzen bieten und den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und NGOs anregen.

→ Weitere Informationen unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)



### Lebensmittelidentität

Obwohl in den Lebensmittelregalen der Supermärkte immer noch billige Massenware dominiert und auch den Löwenanteil des Umsatzes ausmacht, wächst gleichzeitig das Bedürfnis nach qualitativ hochwertigen, biologisch produzierten und im besten Fall auch noch regionalen Lebensmitteln.

Dieser Sehnsucht nach „Lebensmittelidentität“, nach „wahrhaftigen“ Produkten geht die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift **Ökologie & Landbau** nach. Wann trägt ein Lebensmittel positiv zu einem nachhaltigen Lebensstil bei? Mit welchen Maßstäben lassen sich Verarbeitungsmethoden zuverlässig beurteilen? Die mitunter schwer einzuhaltende Transparenz bei Rohstoffen für Bioprodukte wird ebenso thematisiert wie die Diskussion über zugelassene Zusatz- und Hilfsstoffe in der EU-Ökoverordnung. Deutlich wird zudem, dass nur verbindliche Kooperationen zwischen Landwirten, Verarbeitern und Händlern vor Ort den Anteil heimischer Bioprodukte erhöhen werden.

Ökologie & Landbau wurde 1977 gegründet und erscheint viermal pro Jahr im oekom Verlag. Das unabhängige, von der Stiftung Ökologie & Landbau herausgegebene Magazin berichtet über aktuelle Entwicklungen und neue Erkenntnisse in der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft und will Wissenschaft, Praxis und Entscheidungsträger vernetzen.

→ Weitere Informationen unter [www.soel.de](http://www.soel.de)



### Klimawandel im südlichen Afrika

Der Klimawandel und seine Auswirkungen sind im südlichen Afrika längst spürbar: Starkregen und Überflutungen einerseits und vermehrte Dürren andererseits. Anlässlich des Weltklimagipfels widmete die Zeitschrift **afrika-süd** (Ausgabe November/Dezember 2015) dieser Thematik ein Dossier. Neben Beschreibungen der Folgen des Klimawandels und Berichten über unterschiedlichste Anpassungsstrategien geht es vor allem um die Nutzung von erneuerbaren Energien. Noch ist der Klimakiller Kohle dominant, aber mehr und mehr werden die großen Potenziale von Wind- und Sonnenenergie genutzt. Unter anderem wird ein Projekt vorgestellt, in dem junge südafrikanische Frauen Schulkinder mit Mini-Sonnenkollektoren ausstatten, die an die Schultasche geklemmt werden und abends dann für Licht in den Hütten von nicht-elektrifizierten Townships sorgen.

Die 1971 gegründete Informationsstelle Südliches Afrika (issa) veröffentlicht alle zwei Monate die Zeitschrift „afrika süd“. Sie bietet aktuelle Hintergrundinformationen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den Ländern des Südlichen Afrika. Ein weiteres Angebot ist das neue Internetportal <http://africanclimatevoices.com>, mit umfangreichen Hinweisen auf nationale Klimagesetze, Studien, Artikeln sowie Berichten über die Klimapolitik und deren Umsetzung in den SADC-Ländern.

→ Weitere Informationen unter [www.afrika-sued.org](http://www.afrika-sued.org)

## ... Partnerschaftsprojekten mit Kommunen in Nicaragua?



Foto: Sybille Arians

Schüleraustausch Jinotega-Solingen im Rahmen des Projekts „Unsere Wälder“

In den 1980er-Jahren war Nicaragua der Sehnsuchtsort vor allem vieler Linker in Deutschland. Nach dem Sturz der von den USA gestützten Somoza-Diktatur durch die Sandinisten, unter Führung von Daniel Ortega, reisten zahlreiche Unterstützer in das mittelamerikanische Land, um beim Aufbau einer gerechteren Gesellschaft zu helfen. Volker Ippig, Torwartlegende des FC St. Pauli, wurde nicht nur deshalb berühmt, weil er dem krassen Außenseiter 1991 einen 1:0-Sieg bei Bayern München rettete, sondern auch als Aufbauhelfer für ein Gesundheitszentrum in Miguelito.

Diese romantischen Zeiten sind vorbei, und in kaum einer studentischen Wohngemeinschaft dürfte noch die ebenso berühmte wie bittere „Sandino-Dröhnung“ aus der Kaffeemaschine fließen. Mehr als 20 Jahre nach dem Ende des bewaffneten Kampfs der rechtsgerichteten Contras gegen die Sandinisten gehen heute in Nicaragua Parlament und Regierung aus einigermaßen freien Wahlen hervor – allerdings ist das Land nach Haiti das ärmste Land auf dem amerikanischen Kontinent. Und Platz 130 unter 168 Staaten im Corruption Perceptions Index 2015 von Transparency International spricht nicht für gute Regierungsführung.

Umso wichtiger sind daher konkrete Partnerprojekte zwischen Kommunen in Deutschland und Nicaragua, die in den 1980er-Jahren begannen und bis heute aufrechterhalten wer-

den. Dazu gehört auch die insbesondere von einem Förderverein getragene Städtefreundschaft zwischen Solingen und Jinotega, die ihren Ursprung im Solinger Mittelamerika-Arbeitskreis hat und 1985 durch einen Beschluss des Solinger Stadtrats „offiziell“ wurde. Der Solinger Förderverein arbeitet seit 1996 eng mit dem Verein für Bildung und Kommunikation „La Cuculmecca“ in Jinotega zusammen.



Neben gegenseitigen Besuchsreisen stehen Bildungs-, Sozial- und Umweltprojekte im Zentrum der Partnerschaft. Im Rahmen der jährlichen Auktion „Kunst für Jinotega“ werden gespendete Bilder von Solinger Künstlerinnen und Künstlern versteigert, die Einnahmen fließen in Projekte vor Ort. Unsere Stiftung hat seit 2005 vier Projekte des Fördervereins Städtefreundschaft mit Jinotega mit insgesamt rund 36.000 Euro gefördert.

Seit 1987 besteht die Städtepartnerschaft zwischen Wuppertal und Matagalpa. Auch hier stehen der gegenseitige Austausch sowie Bildungsprojekte im Mittelpunkt der gemeinsamen Aktivitäten. Im Rahmen des Programms „weltwärts“ arbeiten regelmäßig junge Freiwillige aus Wuppertal an verschiedenen Schulen in Matagalpa sowie im Zentrum für arbeitende Kinder „Las Hormiguitas“ (dt.: die kleinen Ameisen), das seit mehr als 15 Jahren aus Wuppertal finanziell unterstützt wird.

Auch Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle. So besuchen sich Rockbands aus Wuppertal und Matagalpa regelmäßig. Der Priester, Politiker, Lyriker und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Ernesto Cardenal war ebenso in Wuppertal zu Gast wie die Theatergruppe „Colectivo de Mujeres Matagalpa“. Zum 25-jährigen Jubiläum der Partnerschaft war in Wuppertal eine Ausstellung mit Fotos von 25 Menschen aus Matagalpa zu sehen, und jedes Jahr fertigt die Druckwerkstatt „Taller Contil“ in Matagalpa einen Kalender mit zwölf Original-Druckgraphiken an, dessen Erlöse zu 50 Prozent Partnerprojekten zugute kommen. Zwei Projekte des Vereins zur Förderung der Städtefreundschaft Wuppertal-Matagalpa hat unsere Stiftung mit insgesamt gut 42.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter [www.solingen-jinotega.de](http://www.solingen-jinotega.de), [www.matagalpa.de](http://www.matagalpa.de) sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4362, E-4392, I-6121, Z-5199, E-4296 und Z-5291

## Neu geförderte Projekte

16. November 2015 bis 10. Februar 2016

Fördervolumen: 1.808.702 €

<b>Fair Trade – Inklusiv! Kurskonzept</b> ESA Europäische Senioren-Akademie Caritas GmbH Bildungsmaterialien und -veranstaltungen zur Teilhabe von älteren Menschen an Eine-Welt-Arbeit und Fairer Handel	1.12.2015–30.11.2017 E-4915 60.968 €	<b>Frauen, Energiewende und Umweltschutz</b> Internationales Frauenzentrum Bonn e. V. Veranstaltungsreihe, insbesondere für Migrantinnen und Flüchtlinge	1.2.2016–31.8.2016 U-3654 3.200 €
<b>Olympialand Brasilien: Recht auf Stadt</b> Allerweltshaus Köln e. V. Veranstaltungen und Materialien zur Stadtentwicklung in Brasilien	1.10.2015–31.12.2016 E-4921 74.837 €	<b>Ackern an Rhein und Ruhr</b> Ackerdemia e. V. Bildungsprogramm zu ökologischer Landwirtschaft und gesunder Ernährung für Schulen in der Region Rhein-Ruhr	1.3.2016–31.12.2017 U-3656 134.986 €
<b>Korruption und das Menschenrecht auf Gesundheit</b> MEZIS e. V. Veranstaltungsreihe zur Korruptierbarkeit von Ärzten und zur Einflussnahme der Pharmaindustrie in Indien und Deutschland	20.2.2016–30.6.2016 E-4926 13.000 €	<b>Alles rund um den Biber in NRW</b> BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Entwicklung einer Website mit Informationen zum Thema „Biber in NRW“	1.12.2015–31.3.2016 U-3657 3.511 €
<b>Schulpartnerschaftsprojekte und Entwicklungsziele</b> BRIDGE-IT! e. V. Wettbewerb zu SDGs in Schulpartnerschaften	8.1.2016–30.6.2016 E-4930 5.544 €	<b>Filmangebot „Wem gehört die Stadt“</b> BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Filmvorführungen und Diskussionen mit der Regisseurin zu Bürgerbeteiligung und Stadtplanung	1.3.2016–31.3.2017 U-3661 4.335 €
<b>Blended-Learning-Fortbildungsreihe</b> Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. Einrichtung einer Online-Plattform für die Fortbildung von ehemaligen Teilnehmern entwicklungspolitischer Freiwilligendienste	1.1.2016–31.12.2018 E-4932 13.400 €	<b>Konzertlesungen zum „Buen Vivir“</b> Klima-Bündnis e. V. Veranstaltungen mit dem ecuadorianischen Ökonomen Alberto Acosta und der „Grupo Sal“	1.1.2016–28.2.2018 Z-5282 84.000 €
<b>Verordnete Freiwilligkeit</b> Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene Konferenz zu Freiwilligkeit/gesetzlicher Regulierung bei Sozialstandards in der Textilindustrie und bei Geldanlagen	1.1.2016–30.10.2016 E-4933 10.000 €	<b>Nachhaltig die Welt erfahren</b> Welthaus Bielefeld e. V. Umgestaltung des Millenniumradwegs zum SDG-Radweg, Veranstaltungen und Bildungsangebote	1.11.2015–31.3.2017 Z-5307 32.877 €
<b>Migration, Flucht und Entwicklung</b> Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene Studien, Veranstaltungen und Schulungen zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit für Migranten und Flüchtlinge	15.2.2016–14.2.2018 E-4937 87.843 €	<b>PlanetPlastic – Wem gehört das Erdöl?</b> Vamos e. V. Wanderausstellung, Materialien und Fortbildungen zum Ressourcenverbrauch	1.4.2016–31.12.2017 Z-5308 135.564 €
<b>It's in the blood/Das liegt im Blut</b> Jugendtheater-Werkstatt e. V. Theaterproduktion und -tournee zu entwicklungs- und umweltpolitischen Themen am Beispiel Ghana – Deutschland	1.3.2016–30.9.2017 I-6126 52.350 €	<b>Welt-Entwicklungsziele vor Ort diskutieren</b> Eine Welt Netz NRW e. V. Kampagne zu SDGs: Erstellung von Wandbildern, Infostände, Veranstaltungen, Aktionen an Schulen	1.12.2015–31.12.2017 Z-5318 378.900 €
<b>Zeit der Schmetterlinge</b> NABU Landesverband NRW e. V. Interkulturelles Bildungsprojekt zum Artenschutz am Beispiel von Schmetterlingen	15.2.2016–15.11.2018 I-6129 127.591 €	<b>Gutes Leben 2.0</b> Eine Welt Forum Aachen e. V. Schulungen von jungen Leuten für die Bildungsarbeit zu Konsum und Wachstum – Grenzen und Alternativen	1.3.2016–31.8.2018 Z-5324 195.000 €
<b>Life Back Home</b> The Global Experience e. V. Junge Flüchtlinge werden zu entwicklungspolitischen Multiplikatoren ausgebildet und an Schulen eingesetzt	1.3.2016–31.7.2017 I-6132 55.000 €	<b>Inklusive BnE für Grundschulen</b> Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V. Inklusive Unterrichtskonzepte, Materialien und Fortbildungen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung	1.10.2015–31.8.2017 Z-5332 17.000 €
<b>Förderung Organisationsentwicklung</b> Welthaus Bielefeld e. V. Bestandsaufnahme und Entwicklung neuer Arbeitsstrukturen	15.1.2016–30.11.2016 O-2328 10.000 €	<b>Netzwerk21Kongress 2016</b> Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Mitwirkung bei Konzeption und Organisation des Netzwerk21-Kongresses in Dortmund	1.12.2015–30.11.2016 Z-5333 48.429 €
<b>Outdoor-Unterricht an der NABU-Naturschule</b> NABU Kreisgruppe Bonn e. V. Einrichtung von Freilandanlagen, Entwicklung und Erprobung von Lehrmaterialien und Bildungsveranstaltungen	1.12.2015–30.11.2017 U-3646 58.661 €	<b>umWELTpreis 2016</b> Trägerverein des Diözesanrats im Bistum Aachen e. V. Regionaler Projektwettbewerb zu „Teilen und Wiederverwerten“	1.12.2015–30.11.2016 Z-5335 5.000 €
<b>Sicherung der Biodiversität durch Ehrenamtsstärkung</b> BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Schulung und Beratung für Betreuer von Naturschutzflächen; Einrichtung einer Geoinformations-Datenbank	1.12.2015–30.11.2018 U-3647 61.330 €	<b>Lateinamerika und der Freihandel</b> conosco e. V. Publikation zur entwicklungspolitischen Relevanz von Freihandelsabkommen	1.2.2016–31.12.2016 Z-5336 5.000 €
<b>Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima</b> Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH Veranstaltungen zu Atomkraft und Energiewende, u. a. mit Zeitzeugen aus Japan und der Ukraine	1.12.2015–31.5.2016 U-3648 42.030 €	<b>„Coconut City“</b> Münsterland Eine Welt e. V. Veranstaltungen und Materialien zur Nachhaltigkeit bei Kokosprodukten	1.1.2016–31.12.2016 Z-5337 4.941 €
<b>Autofasten 2016</b> Trägerverein des Diözesanrats im Bistum Aachen e. V. Veranstaltungen zur klimafreundlichen Mobilität	16.11.2015–30.4.2016 U-3652 4.805 €	<b>Globaler Rohstoffhandel – wer zahlt, wer profitiert?</b> Allerweltshaus Köln e. V. Tournée des Theaterstücks „Coltan-Fieber“ mit pädagogischem Begleitprogramm	1.3.2016–30.9.2016 Z-5341 78.600 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite [www.sue-nrw.de](http://www.sue-nrw.de)



### Broschüre Kooperationen für Nachhaltigkeit

Eine interessante Lektüre bietet die Broschüre „Kooperieren – aber wie? Nachhaltigkeit in Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen“. Zu verschiedensten Themen, etwa Biodiversität, Fairer Handel oder Geldanlagen, präsentiert sie Projekte und regt zu Kooperationen an. Spannend ist dabei auch der Blick „über den christlichen Tellerrand“ auf Aktivitäten von muslimischen oder jüdischen Gemeinden. Herausgeber der vom Umweltbundesamt geförderten Broschüre ist die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.

→ Download unter [www.umweltbundesamt.de/publikationen](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen), Suchwort: Kirchen

### Praxisleitfaden Bildung zum Klimaschutz

Der Praxisleitfaden „Bildung im kommunalen Klimaschutz“ des NRW-Umweltministeriums richtet sich an Beschäftigte der Kommunalverwaltungen und an Bildungsakteure. Er zeigt auf, wie sich Klimabildung in kommunale Klimaschutzkonzepte integrieren lässt, informiert über Fördermöglichkeiten und gibt Anregungen zu konkreten Klimabildungsmaßnahmen sowie zum Controlling und zur Öffentlichkeitsarbeit.

→ Bestellung oder Download unter [www.umwelt.nrw.de/mediathek/](http://www.umwelt.nrw.de/mediathek/)

### Arbeitspapier Gegen Schleuserkriminalität

Junge Außenpolitiker aus dem Umfeld der CDU beschäftigen sich in einem Arbeitspapier, das von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben wurde, mit der Schleuserproblematik. Sie machen Vorschläge zur effektiveren Bekämpfung. Im Zentrum stehen dabei die stärkere Kriminalisierung von Schleuserung in Europa und die Fluchtursachenbekämpfung in den Herkunftsstaaten.

→ Analysen und Argumente 198/2016, Download unter [www.kas.de](http://www.kas.de)



### Studie Umweltverhalten junger Menschen

Das Umweltbundesamt untersucht regelmäßig das Umweltbewusstsein der Bevölkerung in Deutschland. Im Rahmen der Repräsentativbefragung 2014 wurde ein Schwerpunkt auf die Einstellungen junger Leute (ab 14 Jahren) gelegt. Die Ergebnisse sind jetzt in der Broschüre „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten junger Menschen“ nachzulesen. Drei zentrale Erkenntnisse sind: 1) Junge Leute betrachten ökologische Fragen nicht losgelöst von sozialen und wirtschaftlichen Fragen. 2) Sie fühlen sich hin- und hergerissen zwischen der Sorge um Umwelt und Klima einerseits und der Konsumwelt andererseits. 3) Sie wünschen sich andere Formen der Umweltkommunikation und einen Ausbau der Umweltbildungsangebote.

→ Download von Broschüre und Factsheet unter [www.umweltbundesamt.de/publikationen](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen), Suchwort Umweltbewusstsein

### Workshops der Stiftung Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten.

Der nächste Termin ist der **24. Mai** (weitere Workshops am **28. September** und **7. Dezember**). Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

→ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung mit den kompletten Kontaktdaten Ihrer Organisation per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an [marion.ostermann@sue-nrw.de](mailto:marion.ostermann@sue-nrw.de). Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.



### Studie Bundesländer und SDGs

Bei der nationalen Umsetzung der SDGs spielen auch die Bundesländer eine wichtige Rolle. Was sollten sie tun und worauf können sie aufbauen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik „Universelle Verantwortung: die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer“. Darin werden die Nachhaltigkeitsstrategien und entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer analysiert und durch die Zuordnung ihrer Schwerpunkte zu den SDGs in die neuen Rahmenbedingungen internationaler Zusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung eingebettet. Weiterhin gibt die Studie Empfehlungen zu inhaltlichen Schwerpunkten und strukturellen Voraussetzungen.

→ Discussion Paper 12/2015, Download unter [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)

## Impressum

Ausgabe Februar 2016 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn  
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522  
[info@sue-nrw.de](mailto:info@sue-nrw.de)  
[www.sue-nrw.de](http://www.sue-nrw.de)

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebhorn  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.  
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski  
Gestaltung: art\_work\_buero, Köln  
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn



Mit der Ausgleichszahlung für die CO<sub>2</sub>-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.  
Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, FSC-zertifiziert, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Mai 2016.  
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an [info@sue-nrw.de](mailto:info@sue-nrw.de)